

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1920

178 (3.7.1920) Erstes bis Drittes Blatt

Werbung: In Karlsruhe frei im Haus...
Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle Rittenstraße 1.

Karlsruher Tagblatt

Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle Rittenstraße 1.
Telefon Nr. 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300.

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle Rittenstraße 1. Druck und Verlag: C. S. Müller'sche Buchhandlung m. b. H. in Karlsruhe. Redaktion: Dr. Kurt Heinrich, Friedenau, Fregestraße 66/68. Telefon-Nr. 2902. Für unverlangte Manuskripte oder Druckfahnen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist.

117. Jahrg. Nr. 178.

Samstag, den 3. Juli 1920

Erstes Blatt.

Der Untergang des Abendlandes?

Von Dr. Curt Heinrich.

III.

Was der Spengler'sche Geschichtsphilosophie und Gegenwartskritik feltamer Weise ganz fremd ist, das ist der Erlösungsgebanke. Selbst, weil doch ein hart religiöses Bedürfnis und seelische Sehnsucht in ihm gewesen war. Aber er ist offenbar immer bewußter zum Bürger des zwanzigsten Jahrhunderts geworden, zum Anbeter der Energie als solcher, zum „matter of fact“-Menschen, der männlich entschlossen sein Schicksal auf sich nimmt, nicht vergebliche Wiederbelebungsversuche an eine sterbende schöne Kultur verschwenden will und mit kräftigem Schritt den vorgeschriebenen Weg in das Flachland eines amüßlichen seelenlosen, aber technisch und sozial komplizierten Imperialismus antritt. Man vergesse aber auch nicht: Das Buch ist im wesentlichen vor und während der ersten Zeit des Weltkrieges geschrieben worden. Ganz sicher sind auch Spengler'sche deutsche Zukunftshoffnungen durch den Kriegsausgang graunig enttäuscht worden. Vor allem aber, heute steht nicht nur die abendländische Kultur, sondern direkt eine große Teil der abendländischen Menschheit vor der Gefahr des Unterganges, und zwar in einem ganz anders unmittelbarem Sinne, als der düstere Prospekt selbst je gehabt hat. Die direkten wie die tiefer liegenden Ursachen hat als erster der Engländer Keynes in seiner meisterlichen Kritik des Friedens von Versailles bloßgelegt. Der krankhafte Machtimperialismus, der in Versailles seinen Sieg brutal und verblendet ausgebeutet hat, muß an seiner eigenen Ueberspannung ja oder so zugrunde gehen. Aber Rettung und Heilung der abendländischen Menschheit ist auch nicht möglich, wenn die technische Zivilisation des zwanzigsten Jahrhunderts mit der Anbetung der reinen Energie und der reinen Quantität nicht durch neue oder neubelebte Kulturwerte ergänzt, besetzt und entgültigt werden kann. Auf der anderen Seite würde gerade die große technische Naturbeherrschung und die tatsächliche, wenn auch noch so gefällig verleugnete Solidarität des gesamten Abendlandes Gefundungswege bieten, wie sie für keine der früheren Epochen sichtbar werden konnten. Es kommt alles auf die neue Weltlichkeit, die neue gewollte Selbstbeschränkung und neue Menschlichkeit an. Zu einem großen Teil wird sie wirklich ganz neu und schwer erkämpft sein müssen. Zu einem wesentlichen andern Teil wird sie aber auch religiöse Andacht sein und doch wieder das Erbe der Vergangenheit der Antike und der eigenen künftigen Kultur zu einer Wiedergeburt verhelfen.

Es ist dies die Stimmung, in der man heute, 1920, sich gegen den Spengler'schen Parallelfatalismus, soweit man ihn logisch und historisch überhaupt für berechtigt ansieht, doch auch wehren kann. Spengler selbst hat 1911 bei allem schmerzlichen Bedauern der entschwindenden und schwindenden Natur noch selbige auf dem Hochgefühl des politischen und technischen Imperialismus, der damals ja in seiner Materie zu stehen schien. Er konnte daher ruhig sich mit dem: die Kultur ist tot, es lebe die Zivilisation! trösten.

Heute wissen auch wir, daß wir die Kräfte dieser Zivilisation nicht mehr einsetzen können. Gerade in der nächsten Zeit werden sie ja die Grundlagen unserer existenziellen Existenz wieder festigen müssen. Aber hart und immer wachsend sind auch heute Sehnsucht und Wille nach Erlösung von der Herrschaft des Materialismus, der Technik und der rein quantitativen Energie. Unsere furchtbare politische Verworfenheit ist sogar mitverantwortlich durch solche unklare Sehnsucht, die in der ersten Zeit nach Zusammenbruch und Revolution besonders unter den Intellektuellen, aber auch im Bürgertum so manchen vorübergehend selbst in bolschewistische Gedankengänge verfiel. Charakteristisch ist doch das harte Interesse, das die Schriften und Botschaften des Grafen Hermann Keyserling, die Innerlichkeit des Dichters mit dem Lauschaerstein des Westens in einer harmonischen Lebensauffassung zu vereinen, überall finden. Ein Buch, das aus dem tiefsten Sehnen und Zweifeln der Zeit erwachsen ist, ist auch „Luthers Glaube“ der Ricardo Buch, in dem der metaphysische Genius der Deutschen als Heilbringer für alle beschworen wird.

Praktisch äußerlich macht sich die Reaktion gegen das von Spengler mit Recht als Hauptkennzeichen von Zivilisationsentartungen genannte treibhausmäßige Großstadtleben geltend. Der Seelungsgebanke, der heute erst beginnt, sich auszuwirken, muß ein Hauptfaktor für alle Gefundungsbestrebungen werden. Denn worauf es ankommt, ist, sowohl das persönliche wie das organische Gemeinschaftsleben gegenüber der bloßen Massenexistenz zu fördern. Spengler selbst sucht in seiner aktuellen Prosa „Freudentum und Sozialismus“ einen Weg zu weisen, auf dem er wohl auch sich aus der tiefen Enttäuschung über den Ausgang des Weltkrieges zu retten hofft. Weisheitlich formuliert ist darin wieder die Abgabe an die verhängnisvolle marxistische Sozialdemokratie, maßlos und schief dagegen die Polemik gegen die englische Weltanschauung, zumal aus dem Munde eines Mannes, der soeben noch in seinem Hauptwerke einen Cecil Rhodes als Vorbild resoluten Lebens in unserer nun einmal unabänderlich zur imperialistischen Zivilisationsperiode gewordenen Zeit akkreditiert hat.

Aber auch der Mensch Spengler darf von sich mit Conrad Ferd. Weyers Outen sagen: „Ich bin kein ausgeklügelt Buch, ich bin ein Mensch mit seinem Widerpruch.“ Zwischen inniger Kultursehnsucht und dem kräftigen Streben, als Diener der eigenen Zeit männlich sein Schicksal zu erfüllen, ist ihm als großes Zentralproblem der Auf- und Niedergang der verschiedenen in der Menschheitsgeschichte hervortretenden Kulturen erschienen. Mit einer Fülle des Wissens und allen Waffen geistigen Schwunges und Scharfsinns ausgerüstet, ist er sich an die Lösung herangegangen, hat er das dunkle Schicksal des

Menschengeschlechts in ein System bannen und durch die Bahn gefelmäßiger Parallelität auch die Zukunft bestimmen wollen. Er selbst aber, und wir alle, kränken uns heute gegen den Urteilspruch, den der „Untergang des Abendlandes“ enthält. Wir glauben an Erlösungsmöglichkeiten, an eine Wiedergeburt der Seele und wir haben den Willen zur befreienden Tat. Oswald Spengler bleibt das schöne Verdienst, das große Problem unserer Zeit mit härtester Eindringlichkeit aufgezeigt zu haben, wenn es auch ihm nach dem Goethe'schen Worte nicht gehen sein konnte, es zu lösen.

Rede-Explosionen im Reichstag.

V. Von unserer Berliner Redaktion wird uns abgedruckt:

Im Reichstag ist es gestern, am Vorabend der schicksalsschweren Konferenz zu Spa, zu schwerer Rärmjahren und Debatten gekommen, die recht wenig der Würde des Hauses entsprechen, vor allem aber die Stellung unserer Unterhändler Lloyd George und Millerand gegenüber auf keinen Fall verbessern können. Das sprachen mit Klagen und eindrucksvollen Worten vor allem der Reichsfinanzminister Wirth und nach ihm der Vertreter der Deutschen Volkspartei Dr. Beder-Seyen aus. Anlaß und erster Urheber der Explosion war der deutsch-nationale Abg. Dr. Helfferich, der mit dem ihm eigenen Temperament an den heutigen Gesamtsitzungen und an den Maßnahmen der früheren wie der jetzigen Koalition heftige Kritik übte, dabei aber auch immer durchdringend ließ, daß er es schließlich viel besser gemacht haben würde. Die vielfach offenbare Ungerechtigkeit rief nun einmal den härtesten Widerspruch bei der Mehrheit des Hauses hervor und erreichte die Wut der Unabhängigen bis zu einem Grade, daß sie in wüster, gemehrter Art den Redner persönlich insultierten und niederzuschreien versuchten. Das Präsidium war dem Aufruhr anscheinend nicht ganz gewachsen, obwohl vorübergehend Dr. Helfferich's Parteifreund Dietrich an der Gloride saß.

Zusammenfassend wird man dem schon erwähnten Bedauern aus dem Hause heraus nur voll zustimmen können. Absolut genommen trifft die Schuld natürlich die grundrationalen Rärmmacher auf der äußersten Linken. Eine relative Schuld haben aber auch die deutsch-nationalen Abgeordneten, die ohne zwingenden Grund, nachdem ihr Parteiführer Dergat bereits ausführlich gesprochen hat, in diesem Augenblick, eben am Vorabend von Spa, den nun einmal gefährlichen Dr. Helfferich herausstellten. Man darf sich auf der rechten Seite doch darüber nicht täuschen, daß die große Begabung und Energie dieses Mannes für die heutige Zeit zu hart mit Charakterhypotheken belastet ist, als daß er politischen Frieden stiften könnte. Ueber seine Rolle in der Kriegszeit wird die geschichtliche Forschung ja doch wohl in absehbarer Zeit urteilen. Die herausfordernde Schärfe, mit der er die eigene Sache immer wieder zu verteidigen bestritt, ist, trotz auch auf seine unerträglich, die seiner Kritik an sehr vielen Erscheinungen der Radnovemberzeit und besonders der Steuererhöhung durchaus zukommen. Wir würden es sehr begrüßen, wenn Herr Dr. Helfferich seine finanziellen Fähigkeiten wieder an hervorragender Stelle betätigen könnte, politisch hat er bisher leider meist nur unerwünscht gewirkt.

Der Finanzminister Dr. Wirth, der, wie gesagt, nach früheren sachlichen Darlegungen des Ernährungsministers Hermes und des Außenministers Dr. Simons noch einmal das Wort nahm, um Herrn Helfferich zu erwidern, war schließlich bestritt, den schließlichen Eindruck der Explosionsdebatte auf das Ausland abzuschwächen. Er versprach mit eindringlichen, feinem Tone, daß die deutschen Minister auch für den schlimmsten Fall die deutsche Würde in Spa setzen Augenblick verpassen würden, was im deutschen Reichstage doch leider vorübergehend geschehen ist. Aber auch als der Abg. Becker der Regierung seinerseits noch besonders den Rücken für Spa härten zu sollen glaubte, durch die Mahnung, nicht zu unterschreiben, was wir als „ehrliche Männer nicht erfüllen können, wurde er wieder von den Unabhängigen lärmend unterbrochen. Schließlich erlebte man auch das Schauspiel, wie die weißhaarige Kommunistin Klara Zetkin mit einem Pathos, der zwischen Vorhabenslinie und Volksversammlung dahinstrolchte, das revolutionäre Räte-Rußland feierte und die Natur des Proletariats auch für Deutschland prophezeite.

Deutsche Vorbereitungen für Spa.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 2. Juli. Der Wirtschaftspolitische Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates trat heute vormittag im Ministeraal des Kriegsministeriums zu einer streng vertraulichen Besprechung zusammen, in der, wie bereits im Plenum angekündigt worden war, die Regierung die vorbereitenden Maßnahmen für die Konferenz in Spa darlegte.

Unsere Vertreter in Spa.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 2. Juli. (Wolff.) In der Konferenz in Spa werden, wie nunmehr feststeht, von deutscher Seite folgende Persönlichkeiten teilnehmen: Reichskanzler Fehrenbach mit Staatssekretär Albert, der Reichsminister des Innern Dr. Simons, der Reichsfinanzminister Dr. Wirth, der Reichsminister Scholz, der Ernährungsminister Hermes, der Leiter des Wiederaufbauministeriums Staatssekretär Müller, ferner vom Auswärtigen Amt Ministerialdirektor v. Simson, sowie die Geheimräte Keller und Kochen, Legationsrat Führer, vom Reichsfinanzministerium Staatssekretär Schröder, Ministerialrat Dr. Benisch, vom Wirtschaftsressort die Geheimräte Lesure, Metz und Ruppel, Staatsrat v. Meinel und Geheimrat Felbinger, vom Reichswehrministerium die Majore Michels, v. Wittlicher und Vogt. Es wird weiter eine Reihe von führenden Sachverständigen aus dem Gebiete der Wirtschaft und der Finanzen nachreisen, falls es der Gang der Verhandlungen erforderlich machen sollte.

Die „Kriegsverbrecher“ in Spa.

(Eigener Drahtbericht.)

Amsterdam, 2. Juli. (Wolff.) Nach einer Londoner Meldung sagte Donar Law im Unterhause, die Alliierten beabsichtigen, die Frage des Prozesses gegen die Kriegsverbrecher den beschuldigten Deutschen in Spa zu erörtern. Auf verschiedene Anfragen bemerkte Donar Law: Von 27 gefangen genommenen U-Bootsbesatzungen befindet sich noch eine in England. Die übrigen sind freigelassen und nach Deutschland geschickt worden. Der Prozeß gegen diese wird vor dem Reichsgericht in Leipzig stattfinden.

Herr Millerand.

(Eigener Drahtbericht.)

Brüssel, 2. Juli. (Wolff.) Millerand betonte einem Journalisten gegenüber, die vollständige Uebereinstimmung zwischen den Alliierten sei die wichtigste Tatsache. Deutschland, sagte Millerand, hätte vorzugehen, uns abgerufen zu werden, aber vor der festen Haltung der Alliierten werde es sich vom Gegenteil überzeugen. Es habe alles Interesse an loyaler Ehrlichkeit. Ich hoffe, es wird verstehen.

Der demokratische Konvent und der Völkerrund.

(Eigener Drahtbericht.)

San Francisco, 2. Juli. (Reuter.) Der Ausschuss des demokratischen Konvents hat folgenden Satz über den Völkerrund angenommen: Wir empfehlen die Ratifizierung des Vertrages von Versailles und der Völkerrundabstimmungen ohne Vorbehalt, die den wesentlichen Bestimmungen Abbruch tun würden.

Kommunistische Unruhen in Darmstadt.

(Eigener Drahtbericht.)

Darmstadt, 2. Juli. (Wolff.) Gestern fanden hier schwere kommunistische Unruhen statt, da verschiedene kommunistische Führer verhaftet worden waren, die von den Kommunisten, denen sich zahlreiche andere Elemente angeschlossen hatten, befreit werden sollten. Die Gefangenen waren nach dem Postgebäude gebracht worden, vor dem sich tumultuarische Szenen abspielten. Polizeimannschaften und Sicherheitswehr mußten von der Waffe Gebrauch machen, wobei mehrere Personen aus der Menge getroffen worden sind. Auch ein Schuhmann wurde verwundet. Die Regierung gab einen Erlaß heraus, in dem sie sich an die Bevölkerung wendet und sie ermahnt, sich nicht den Unruhestiftern anzuschließen und jede Streikensammlung zu vermeiden. In dem Erlaß heißt es weiter, daß der demokratische Staat die Herrschaft der Straße ablehne, und daß er befohlen ist, daß in der Frage der Herabsetzung der Lebensmittelpreise die nötigen Schritte baldmöglichst unternommen würden.

Die italienischen Revolten.

(Eigener Drahtbericht.)

Rom, 2. Juli. (Stefani.) Das „Giornale d'Italia“ sagt, daß die letzten aus den verschiedenen Städten eingetroffenen Berichte sehr günstig lauten. Die Ruhe sei überall wieder hergestellt. Die Ausschüsse seien überall beauftragt. Die Behörden lehnen die Verfolgung der verantwortlichen Mädelführer fort.

Deutscher Reichstag.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 2. Juli.

Haus und Tribünen sind schwach besetzt. Auf der Tagesordnung stehen zunächst

Kleine Anfragen.

Abg. Warmuth fragt an, weshalb die Lieferung von Militärstoffen für die Sicherheitspolizei trotz niedrigerer Angebots der deutschen Tuchindustrie einer englischen Firma zugestanden worden wäre; ferner, was die Regierung gegen die polnischen Schifflänen der Reichsamerkennung direkter deutscher Fahrarten nach Dispreußen und Danzig zu tun gedenke.

Von einem Regierungsvertreter wird erklärt, daß in dem ersten Falle besondere Dringlichkeit vorgelegen habe und daß im zweiten Falle die Schifflänen, die die Polen forgesetzt ansähen, uns zu Beschwerden in Paris genötigt hätten. Die meisten Bahnlinien seien für den Durchgangsverkehr gesperrt in offenem Widerspruch zu dem Friedensvertrag.

Abg. Dr. Philipp (D.N.) fragt, was die Regierung zu tun gedenke, um die Dastentafelung des Wiesbadener Verlagshandlungers Abigt durchzuführen, der von den Franzosen wegen eines politischen Schreibens an den preussischen Ministerpräsidenten verhaftet worden war.

Regierungskommissar Lehmann erklärte, daß die Regierung demnach in der Lage sein werde, völlige Aufklärung zu geben.

Auf eine Anfrage des Abg. Weglubock, ob das Reichsfinanzministerium bereit sei, für die Landesfinanzämter Anweisungen zu erteilen, zu viel bezahlte Kriegsteuern zurückzugeben, sagt der Regierungsvertreter Ermögung zu.

In der fortgesetzten Beratung über die Regierungserklärung

nimmt zunächst der

Reichsernährungsminister Hermes

das Wort und führt aus: Die Entbehrungen in der Ernährung, die zu den Unruhen in den letzten Tagen geführt hätten, nötigen die Regierung einzugreifen. Leider seien die Bedingungen hierfür sehr schwer. Seine Preispolitik zugunsten der Landwirtschaft lehne er ab, aber der Landwirtschaft müssen Preise zugestimmt werden, die ihren Produktionskosten entsprechen. Die Preisbildung im Inland sei eine Folge der teuren Auslandspreise. Trotz der Aufwendungen des Reiches in Höhe von 10 Milliarden konnten wir die Preise nicht nach den Wünschen der Bevölkerung einrichten. Das wird auch noch in dem folgenden Jahre nicht der Fall sein. Um den Landwirt zu schützen, sind für den Herbst ds. Jrs. bereits Mindestpreise angekündigt worden. Die Unterkommision des Reichsernährungsministeriums hat nun genaue Zahlen festgelegt und ist dazu gekommen, den Zuschlag der Produktionsvermehrung in diesem Jahre mit 55 Prozent festzusetzen. So wird die Tonne Roggen 1500 M kosten, die Tonne Kartoffeln aber bei 500 M bestehen bleiben. Diese Erhöhung der Betriebspreise wird noch immer so gehalten, daß die Brotpreise nicht teurer zu werden brauchen. Die Hauptsache sei, die heimische Ernte ganz zu erfassen. Das werde erreicht, wenn das Getreide gleich nach der Ernte erfasst werden könnte und hierzu liege der Grund für die Beibehaltung der Frühdrück- und Lieferungsprämien. Es ist zu hoffen, daß die Einfuhr auswärtigen Getreides jetzt schnell erfolgen kann. Außerdem sei in diesem Jahre mit einer frühen Ernte zu rechnen. So werde die Reichsgetreidestelle hoffentlich wieder in die Lage kommen, Reserven zu sammeln. Auch die Aussichten für die Kartoffelernte seien nicht schlecht. Der Bestand an Schlächtvieh hätte sich gehoben. Der Preis dürfe sich um ein Drittel ermäßigen. Die Fleischhandelsverbände müßten indessen bald verschwinden. Auch die Milchproduktion sei in der Besserung, genäue aber noch lange nicht. Die Zuderproduktion habe sehr gelitten. Die Regierung darf für die Kohlenzufuhr für die Zuderindustrie sorgen. Desgleichen sei eine Steigerung der Anbaufläche in diesem Jahr von 10 auf 12 Prozent erfolgt. Das Bestreben ist auf eine Verbilligung der Gemüsepriese gerichtet. Es sollen nur solche Organismen und Kriegsgemeinschaften bestehen bleiben, die unentbehrlich sind. Zum Schluß seiner Ausführungen appellierte der Minister an die Landwirtschaft, anzuerkennen, was die Regierung zur Hebung ihrer Lage getan habe und dafür auch mit ihrer Leistungsfähigkeit nachzukommen. Andererseits bittet er das große Publikum, die Landwirtschaft zu achten. Keinem Bauer könne vorgegriffen werden, was er bauen solle.

Da inzwischen der Minister des Auswärtigen erschienen war, verließ Frau Brömer (D.) ihre zunächst zurückgehaltene Anfrage wegen des Schicksals des Dr. von Portum und des Dr. Wagner.

Minister Dr. Simons

bespricht die widerrechtliche Verhaftung Dr. von Portums. Die Regierung habe in Warschau und in Paris sofort protestiert. Trotz aller Bemühungen sei die Freilassung nicht erfolgt. Da bis zum 1. Juli keine weiteren Nachrichten vorliegen, habe er dem polnischen Geschäftsträger

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 10 Seiten.

mitgeteilt, daß die ungenügenden Erklärungen ihm nicht genügt, und daß er zu Repressalien gezwungen sei. Auf Verhandlungen werde er sich nicht mehr einlassen. Ueber den Dr. Wagner wisse er nichts weiter, als daß er unter dem Verdacht der Spionage nach Warschau gebracht worden sei. Der Minister protestiert gegen das Verhalten der Polen bei der Festhaltung der nach Ost- und Westpreußen unterwegs befindlichen Deutschen und empfiehlt bis zur vollständigen Klärung der Angelegenheit den Seeweg einzuschlagen. Der Minister besprach sodann das Verhalten der Polen gegenüber den Deutschen in den Grenzgebieten, deren Einberufung den Friedensbedingungen widerspreche.

Abg. Dr. Helfferich (D.N.)
wird von den Unabhängigen mit Lärm und böhmischen Zwischenrufen empfangen und kann sich kaum verständlich machen: Die Kraft des deutschen Volkswillens ist durch den Krieg und die Revolution geschwunden. Jetzt wird dieses geschwächte Volk unter einem Druck gehalten (Jurisprudenz der Unabhängigen: „Durch Ziel“ Präsident Ebert bittet, dem Redner nicht sein Recht auf Redefreiheit zu beschneiden). Das deutsche Volk habe sich durch das Wahlergebnis gegen jedes Sozialisierungsexperiment ausgesprochen. Die Sozialisten, die mit uns die Deutsche Volkspartei vertreten, marschieren (Stürmische Jurisprudenz). Wir haben uns bereit erklärt, uns an der Regierung zu beteiligen. Bedauerlich ist, daß sich die anderen Parteien nicht zu dem gleichen Entschluß durchringen konnten. Er konstatiert, daß die Unabhängigen die einzige Partei des Hauses sei, die sich nicht vorbehaltlos auf den Boden der Verfassung stelle (Erneuter Lärm). Er protestiert gegen die Art und Weise, wie der Wahlkampf hier im Hause fortgesetzt werde. Wenn er in einer Anfrage des Abg. Hoch als Mitwirkender bei der Bewandlung des Staats durch die Kriegskriegsgesellschaft bezeichnet werde, so bezeichne er den, der das ausgesprochen habe, als einen elenden Verleumder (Stürmische Jurisprudenz). Präsident Ebert betont, dieser Ausdruck gegen ein Mitglied des Hauses entspreche nicht der Ordnung des Hauses). Zur alten Koalition habe seine Partei in einer gewissen Opposition gestanden. Jetzt ist es anders. Wir werden uns nicht von parteipolitischen Empfindlichkeiten leiten lassen. Die Sicherstellung von Recht und Ordnung bleibt die Hauptsache, damit aber auch die Sicherung der Wirtschaft (Erneute Unterbrechung). Hierzu gehört auch die Militärjustiz. Redner wandte sich sodann gegen die Ausführungen des Reichsfinanzministers und betonte, daß er im Einklang mit vielen Mitgliedern des Hauses während seiner Amtsperiode wieder auf die Erhebung von Kriegsteuern gedrängt habe, daß aber stets dagegen protestiert worden sei, namentlich von Seiten eines Zentrumsmittels namens Erbacher (Schallende Heiterkeit, Hörl! Hörl!) Auch Herr Abg. Schiffer hat sich gegen die Kriegsteuern gewehrt und alles auf Anleihen nehmen wollen. (Erneute Unruhe.) Sein Reich weiß, was erforderlich ist, um unsere Eisenbahnen wieder leistungsfähig zu machen, die nicht allein der Krieg zugrunde gerichtet hat. Bei der Verwirklichung der Eisenbahnen sei nicht mit der gewöhnlichen Sorgfalt verfahren worden. Vor der Verwirklichung hätten die Landesregierungen noch reich die Gehälter erhöht und jetzt müsse das Reich Milliarden darauf zahlen. Wir sind auf dem Wege zum Bankrott unseres Staatsbahnsystems, einzeln und allein aus dem Unvermögen der staatlichen Verwaltung heraus. Diese ganze Katastrophe des Ausblicks in der Rede des Reichsfinanzministers war Entsetzen erregend. Wer als Minister hier keinen Ausweg sieht, dürfte am besten daran tun, daraus die Konsequenzen zu ziehen. Wie kommen wir aus den Schwierigkeiten heraus? (Stürmische Lärm auf der Bank. Jurisprudenz: „In die Sie und Eubendorff uns gebracht haben!“ Minutenlange Unruhe. Redner und Geber lächeln auf Helfferich ein.) Den Arbeitern haben Sie erzählt, wenn Sie aus Hader kommen, bräuchten Sie nicht mehr zu arbeiten. (Erneute Lärm. Jurisprudenz: „Präsident Dietrich versucht vergebens Ruhe zu stiften.“) Es muß mehr gearbeitet werden. Für die Eisenbahnen ist der Nachmittagsverkehr unbrauchbar. (Erneuter Lärm.) Die Zwangswirtschaft muß in vernünftiger Weise durchgeführt werden.

Dr. Helfferich kommt sodann auf Spaa zu sprechen und dankt dem Minister des Auswärtigen Dr. Simons für den Ton der Würde, den er gegenüber Polen heute gefunden habe; daß sei für ihn eine gute Vorbildung für Spaa. Der Frieden von Versailles sei schon jetzt unbrauchbar. Wenn man aber unsere Selbstrechte über diesen hinaus schwächen wollte, so könne es nur ein Nein geben. Redner erinnert daran, daß die Entente tatsächlich vor dem Vertrag in Versailles noch einen anderslautenden Entwurf gehabt habe, dessen Entzweiung jetzt in der französischen Kammer befaßt worden sei. (Lärm: „Schwindel!“ Große Unruhe. Vizepräsident Dietrich bittet im Interesse des Parlamentes das Niveau der Verhandlungen nicht durch Schreien herabzusetzen.) Redner schließt seine Ausführungen mit der Anerkennung, daß die jetzige Koalition wesentliche Verbesserungen gegenüber der alten aufweise. Er stimme größtenteils ihren Ausführungen zu, wenn sie ihrem Programm treu bleibe. Seine Partei werde sich abwartend verhalten, aber gegen das Misstrauensvotum der Unabhängigen stimmen. (Großer Lärm, Handclatschen, Rufen und Pfeifen.)

Reichsfinanzminister Dr. Wittich
führt u. a. aus, der Abg. Herr Helfferich habe einen historischen Beweis dafür liefern wollen, daß wir einen anderen Frieden hätten haben können. Die rechte Seite habe ja in Weimar Gehör gefunden, den schweren Gang mitzugehen. Aber so wenig wie jetzt sei damals der Mut auf der Seite der Rechten gewesen. Wir wollen alle dem Vaterlande dienen, aber derzeit 24 Stunden vor Spaa die Brandfackel in das Haus zu schleudern, sei unerheblich. Wir wollen aufricht und nüchtern, nicht schweifend nach Spaa gehen. Wenn wir nach unserer Rückkehr an unsere große Aufgabe herantreten wollen, dann wollen wir unsere Finanzen prüfen; jetzt vor Spaa ist es einfach nicht möglich. Das deutsche Volk aber mag das Vertrauen haben, daß es keine Regierung mit Würde vertreten wird.

Abg. Becker-Hessen (D.N.)
bedauert, daß seine Hoffnung auf einen friedlichen Verlauf der Beratung heute so schwer gestärkt worden sei, und daß eigentlich die Partei, die sich so sehr als Hüterin der Freiheit hervorruft, die Freiheit der Rede so wenig achtet. Müller-Franke ist mit der auswärtigen Politik des Kabinetts nicht einverstanden. Er habe aber selbst erzählt, daß er sich bemüht habe, den Minister Dr. Simons für sich zu gewinnen. Das Vertrauen auf die Einigkeit der Parteien der neuen Koalition, dem der Abg. Schiffer Ausdruck gegeben habe, teile er auch. Abg. Becker-Hessen fährt fort, dem Reichsfinanzminister danke er für seine Einsicht, die Zwangswirtschaft auf eine vernünftige Basis zu stellen und ihren Abbau einzuleiten. Das Streikfieber, das heute die Landarbeiter ergriffen habe, sei ein Verbrechen an der großstädtischen Bevölkerung. Mit der Arbeit allein ist es nicht getan. Es müsse auch zur Wahrung unseres Kulturstandes etwas geschehen. Er plädiert daher für Schaffung einer Kammer der Kultur. In der auswärtigen Politik haben wir unsere Karten offen aufgedeckt und können gegen die Geheimdiplomatie der Gegner nicht aufkommen. Er sei überzeugt, daß auch wir bald wieder zur Geheimdiplomatie zurückkehren werden. Redner schloß mit der Mahnung, in Spaa nur zu unterzeichnen, was wir auch halten können. Es sei deutsche Art, zu halten, was man versprochen habe. (Beifall.)

Abg. Frau Jettin (Komm.)
Das erste Wort der Kommunisten in diesem Reichstage ist ein Gruß an alle Kommunisten der Welt gerichtet, als Gelübde entschiedenen Kampfeswillens für das Proletariat. In Spaa wird der Entente-Imperialismus des Verbrechens des deutschen Imperialismus betrafen. Hier wird das beglichen werden, was in Dreißigtausend und Fufarkeit der deutsche Imperialismus angezettelt hat. Nur der Zusammenstoß mit dem bolschewistischen Rußland kann der deutschen politischen Isolation abhelfen. Frau Jettin, die durch den leidenschaftlichen Ton ihrer Rede die allgemeine Aufmerksamkeit erregt, fährt fort, daß sie aus der Regierungserklärung nichts herausgehört habe, was ihren Ansichten über Auslandspolitik entspräche. Entwaffnung der Bourgeoisie und Bemassung der Arbeiter durch die politischen Arbeiterräte, das sei die Aufgabe der Wiederaufrichtung Deutschlands. Sie beipflichtet die Finanznot, wirft dem Abg. Helfferich vor, er habe als größter Kriegskriegler die Hauptrolle an derselben und sich eine Hauptstütze des Wiederaufbaues in der allgemeinen Arbeitspflicht. (Schallende Heiterkeit und Zustimmung.) Die zunehmende Arbeitslosigkeit sei der Beweis für die zunehmende Zerrüttung des Kapitalismus. Schon nahe sei der Tag, an dem die Arbeiterschaft selbst das Wirtschaftsprogramm in die Hand nehmen werde, gestützt auf die wirtschaftlichen Betriebsräte. Dann werde auch der Klassenkampf verschwinden, freilich auf unsere Weise.

Es liegt ein Änderungsantrag der Deutschnationalen vor, der dem Schlußparagrafen des Antrages der Koalitionsparteien eine andere Fassung geben will. Der Antrag der Deutschnationalen wird abgelehnt, der der Koalitionsparteien in namentlicher Abstimmung mit 268 gegen 62 Stimmen bei 54 Stimmenthaltungen angenommen. Dagegen stimmten die Unabhängigen; die Deutschnationalen enthielten sich der Abstimmung.

Nächste Sitzung: Samstag, vormittags 11 Uhr. Interpellationen, Notizen.
Schluß 9 Uhr 20 Min.

Tagung des Reichswirtschaftsrats.

Berlin, 1. Juli. Auf der Tagesordnung steht der von allen Gruppen unterstützte Antrag Wiffel: Die anzuwendende Sühne von Betrieben bzw. die Beschränkung der Produktion bringt volkswirtschaftliche und soziale Schädigungen zu schwerer Art, das dringende Bedenken ist, die Beschränkung zu erleichtern. Der Ausbau der heutigen Erwerbslosenfürsorge zu einer produktiven, deren Ziel die Erzeugung der Warenverwertung ist, erscheint unumgänglich geboten. Der wirtschaftspolitische Ausschuss wird beauftragt, die hier in Betracht kommenden Fragen zu prüfen und dem Reichswirtschaftsrat Vorschläge zur Beschlußfassung zu unterbreiten.

Der Antrag wird an den wirtschaftspolitischen Ausschuss verwiesen.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung über den Auswärtigen Ausschuss beauftragt Reichnath, den wirtschaftspolitischen Ausschuss zu beauftragen, eine Kommission dafür einzusetzen.

Das Haus beschließt dementsprechend.

Die Beratung über den Betriebsräteauschuss wird nach kurzer Debatte abgelehnt und dem Vorstande die Befreiung des Termins und die Tagesordnung für die nächste Sitzung überlassen.

Die deutsche Republik.

Die Bayerische Volkspartei.

- 1. Keine weitere Beeinträchtigung der Selbstständigkeit der Länder durch neue Gesetze und Verordnungen.
- 2. Möglichste Anpassung der bereits in den Ländern bestehenden Reichsgesetzen an das Verwaltungssystem der Länder.
- 3. Ausführung der Reichsgesetze durch die Landesbehörden, soweit dies nicht möglich, in den größeren Ländern Schaffung von Zentralstellen mit möglichst weitgehender Selbstständigkeit und mit der Verpflichtung zu enger Zusammenarbeit mit den Landesregierungen und Befreiung dieser Zentralstellen mit Landesfinanzen.
- 4. Wesentlichste Ermächtigung der zuständigen Bildung von Ländern auf verfassungsmäßigem Wege.
- 5. Rückkehr zur Ordnung, Beibehaltung des Staatsbetriebes von aller Stellenlosigkeit und Korruption, Befreiung der Kammer und Stellen unter Veranschlagung von Löhnen und Gehältern, Aufhebung der sogenannten Kriegsgesellschaften und aller seit November 1918 neu geschaffenen Stellen und Stellen, soweit deren Fortbestand nicht unabweisbar ist.

Beim päpstlichen Nuntius.

Der Apostolische Nuntius Monsignore Pacelli gab zu Ehren des Reichspräsidenten ein Essen, zu dem unter anderem noch erschienen waren: Reichsminister Fehrenbach, der Minister des Auswärtigen Dr. Simons, der Staatssekretär im Auswärtigen Amt v. Saniel, der preussische Kultusminister Pätzsch, die Grafen von Soland, der Schweiz und Argentinien, der spanische Gesandtschaftsträger, Ministerialdirektor von Simon.

Badischer Landtag.

Die Karlsruher Majolikamanufaktur. — Maul- und Klauenpeste. — Geheue.

Ueber das Gesuch der Arbeiter- und Angestelltenchaft der Karlsruher Majolikamanufaktur um Sozialversicherung dieses Betriebes, das dem Verfassungsausschuss zur Vorberatung übergeben worden war, haben wir unsere Leser eingehend unterrichtet. Der Landtag beschloß sich damit in seiner gestrigen Vollversammlung. Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Kraus berichtete über die Verhandlungen im Ausschuss. Wir wiederholten aus dem Bericht, daß die Majolikamanufaktur, die Eigentum der Großherzoglichen Privatfamilie war, im Jahre 1914 an die Firma Müller & Koch in Mettlach a. d. Saar verpachtet wurde, die sich aber wenig um den Betrieb kümmerte. Im Jahre 1919 wurde ein Rein-gebin von einer halben Million Mark erzielt. Dieser ist nicht zurecht darauf zurückzuführen, daß eben im vergangenen Jahr die Kriegs- und Revolutionsgewinnante Teile ihres überflüssigen Geldes in Bausparbanken anlegten. Im Besitze der Beratung wurde ein Antrag Kraus eingebracht, wonach der Landtag beschließen soll, die Majolikamanufaktur durch den Staat in privatrechtlicher Form unter Gewinnbeteiligung der Arbeiter und Angestellten fortzuführen. Mit diesem Antrag hatte sich bereits der Verfassungsausschuss beschäftigt. Er stellte den Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion dar und ist im Ausschuss mit 10 gegen 5 Stimmen abgelehnt worden. Die Vertreter der bürgerlichen Fraktionen sprachen sich im Ausschuss gegen die Sozialversicherung aus und brachten ihren Standpunkt in folgendem Antrag zum Ausdruck: „Der Landtag beschließt, daß die Karlsruher Majolikamanufaktur in der Form der Verpachtung, wogegen ein E. M. S. S. mit überwiegender Beteiligung badischer erprobter kunstgewerblicher Firmen weiter betrieben werde, und daß im Nachtrage der mütterliche Höhe der Produktion und die soziale Lage der Arbeiter und Angestellten berücksichtigt werde.“ Dieser Antrag wurde im Ausschuss mit 11 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen angenommen und damit zum Antrag des Verfassungsausschusses erhoben mit dem Zusatz: „Angleich wurde der Landtag damit das Gesuch der Arbeiter und Angestellten der Majolikamanufaktur für erledigt erklären.“ Die Beratung gestattete sich gestern früh (schloß) Kraus begründete seinen Antrag und ersuchte das Haus, ihm zuzustimmen. Dr. Grotzer, Dr. Jettin und Habermeier gaben die Erklärung ab, daß ihre Fraktion den Ausschussantrag annehmen werden. Ministerialrat Dr. Hirsch machte darauf aufmerksam, daß nicht nur Gewinne gemacht werden, sondern auch Verluste entstehen können. Der Antrag Kraus wurde gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Fraktionen abgelehnt, der Antrag des Verfassungsausschusses gegen die gleichen Stimmen angenommen.

Die Forderung, die Frage des Zentrumskongresses Dr. Jettin, ob die Regierung bereit sei, da wo infolge der Maul- und Klauenpeste Kaffstände hervorzu treten, Abhilfe zu schaffen, beantwortete der Minister des Innern Klemmle dahin, daß die Maul- und Klauenpeste vom Bezirk Reich aus in Baden eingeschleppt worden ist und sich von hier aus zunächst über die Rhein- und Neckargebiete und das ganze Land ausgebreitet hat. Diese Weiterverbreitung ist hauptsächlich durch den Personenerverkehr erfolgt; der Viehverkehr hat dabei keine nennenswerte Rolle gespielt. Bei der Bekämpfung ist sofort mit aller Strenge vorgegangen worden; zunächst ist die während der Kriegszeit erlassene Abklärung einzelner Bekämpfungsmassnahmen aufgehoben worden. Der Verlauf der Seuche ist sehr bösartig. Bis zum 1. Juni 13. waren von ihr befallen: 47 Amtsbezirke mit 322 Gemeinden und 653 Schichten; somit besteht die Seuche in 1/2 aller Gemeinden. Betroffen sind 33 1/2 Städt. Rindvieh und 5/2 Prozent des gesamten Viehbestandes. Davon sind 280 Stück verendet, während 1833 notgeschachtet werden mußten. Die Verluste im Juni sind in diesen Zahlen noch nicht enthalten. Manche Gemeinden haben sehr großen Schaden erlitten; der Viehstand ist vielerorts fast zurückergegangen. Viele kleine Landwirte, die ihr Vieh nicht veräußern konnten, werden durch die Seuche hart getroffen, weil sie sich infolge der hohen Viehpreise keinen Ersatz beschaffen können. Die Regierung ist bereit, besend einzutreten und zum Anlauf von Vieh Geld herzugeben. Dabei werden aber nur solche Landwirte berücksichtigt, die sich keine Zwitterbehandlungen gegen die seuchenpolizeilichen Vorschriften haben zu Schulden kommen lassen. Der Minister bedauerte, daß Vieh Landwirte ihr Vieh nicht versichern lassen wollen, ja in den letzten guten Jahren, sogar aus der Versicherung herausgenommen haben. Von der staatlichen Viehversicherung wurden im letzten Jahre 600 000 Mark ausbezahlt. Ein beträchtlicher Teil des Viehs durch die Maul- und Klauenpeste erkrankten ist durch die Entschädigungen, die von der staatlichen und der privaten Versicherung gezahlt worden sind, gedeckt, so daß von einer allgemeinen Notlage, die eine Vereinfachung größerer Summe aus öffentlichen Mitteln erfordern würde, noch nicht gesprochen werden kann. Der Viehstand ist als solcher im ganzen Land nicht zurückgegangen; am 1. Juni 1919 betrug er 592 274, am 1. März 1920 bereits 602 523 und am 1. Juni 1920 sogar 609 512.

In der Aussprache schilderten die einzelnen Redner den Verlauf und die Bösartigkeit der Seuche und verlangten von der Regierung nachdrückliche Unterstützung der vom Unglück Betroffenen. Dieser Wunsch verdrückte sich zu einem Antrag, unterzeichneten von folgenden Abgeordneten: Dr. Jettin, Jettinmeier, Langenbrüder, Engelhardt, Herbst, Erler, Seitz, Kurz und Böckel, also Mitgliedern aller Fraktionen. Der Antrag lautet: „Die Unterzeichneten beantragen, die Regierung wolle in den zu erwartenden Nachtrag zum Staatsvoranschlag die Mittel einstellen, die erforderlich sind, um etwa durch die Maul- und Klauenpeste geschädigten Viehhältern, soweit notwendig, Unterstützung zu gewähren.“ Der Minister des Innern entgegnete auf die Ausführungen einzelner Redner, in Preußen werde ein Serum gegen die Maul- und Klauenpeste hergestellt, aber in ungenügender Menge; in Baden seien mit diesem Serum bereits gute Erfolge erzielt worden. In Baden habe der Schweinebestand in einem Jahre um 24 Prozent, der Schafbestand um 13 Prozent und der Ziegenbestand um 1 Prozent zugenommen. Mit dem obigen interfraktionellen Antrag ist der Minister nicht einverstanden, da bereits Mittel im Staatsvoranschlag seien. Darüber hinaus Mittel anzufordern, käme einer Prämie aus das Nichtverschwinden gleich. Daher sei es zweifelhaft, ob das der richtige Weg sei, der Landwirtschaft zu helfen. Im vierten Verlaufe der Aussprache spielte auch die Zwangsversicherung eine große Rolle, die ihre Vertreter, namentlich in den Reihen der sozialdemokratischen Fraktion, und ihre Gegner hatte. Der interfraktionelle Antrag wurde hierauf einstimmig angenommen.

Im Anschluß daran ging das Haus auf die Beratung einiger Gesuche. Das Gesuch des Badischen Gastwirtsverbandes wegen Verfolgung und Bestrafung der Gastwirte auf Grund des Schleichhandelsgesetzes wurde, nach dem demokratischen Abgeordnete Abria den Standpunkt vertreten hatte, man sollte eine gewisse Milde walten lassen, dem Antrag des Ausschusses für Geheue und Beschwerden entsprechend durch die Erklärung und die Maßnahmen der Regierung für erledigt erklärt. Der Bitte des E. Burtgardt, Krankenversicherungsamt in Orsbau, um Rückzahlung seiner an die Fürstengruppe gezahlten Beiträge wird entprochen; Burtgardt erhält diese Beiträge zurückbezahlt. Die Gesuche des Wälderbühnenbundes deutscher Städte, des Badischen Landesbauernvereins für Lichtschutzfragen und des Reichsverbandes deutscher Viehhaltungsbesitzer wegen Reform des deutschen Viehhaltungsrechts sind offen, wie zu erwarten war, eine Aussprache aus. Der Ausschuss beantragte, die Gesuche der beiden ersten Verbände durch das Reichsgericht (Viehhaltungs) vom 12. Mai 1920 für erledigt zu erklären und das Gesuch der Viehhaltungsbesitzer der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen. Frau Marie Schloß verlangte die Zulassung der Frau

zur Geburt; diese sollte während nicht erst beim Filmstreifen, sondern schon bei der Entbindung des Films eintreten. Frau Clara Ziebert unterließ sie in diesem Kampfe unter Berufung auf die Bestrebungen des Wälderbühnenbundes. Die Ausschüsse wurden einstimmig angenommen. Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, nachmittags 1/4 Uhr, statt (kleine Vorlagen).

Der Verkehrsausschuss

des Landtages sprach sich dahin aus, daß nach dem Uebergang der badischen Staatsbahnen an das Reich es künftig keinen großen Zweck mehr habe, Eingaben mit der Frage über Eisenbahnbauten an den Landtag zu richten. Der einzig richtige von den Interessenten zu wählende Weg wäre der an den Reichstag. Da aber schon die durch Gesetz beschlossenen Neubauten infolge der gewaltigen Lohn- und Preissteigerungen nur langsam ausgeführt würden, so hätten neue Eingaben wenig Aussicht auf Erfolg. Sodann beschloß der Verkehrsausschuss im Landtag zu beantragen, man möge das Gesuch der Gemeinde Böhringhausen über die Verwirklichung der Bregtalbahn der Regierung zur Kenntnisnahme überweisen. Zu dem Gesuch der Industriebetriebe einer Kraftwagenlinie Bonndorf-Tengen teilte ein Regierungsvertreter mit, daß sich dies infolge Schwierigkeiten in der Beschaffung der Kraftwagen verweigere. Der Ausschuss erbat die Regierung, für schnellere Anlieferung von Wagen besorgt zu sein und bei Wagenlieferungen in erster Linie badische Firmen zu berücksichtigen.

Der Haushaltsausschuss

hat den Geheuenwurf über die Grund-erwerbsteuer gebilligt. Die neue Grund-erwerbsteuer ermöglicht den Gemeinden, sich neue finanzielle Mittel zu verschaffen durch Zuschläge zu den Grundsteuerbesitzern, die nach dem Gesetz vom September 1919 der Landeskasse zufallen.

Geheue Regelung der Familienhilfe in Baden.

Die Badische Gesellschaft für soziale Hygiene hat gegen den Badischen Landtag eine Petition gerichtet, die die Einführung der obligatorischen Familienversicherung anstrebt. Das Badische Arbeitsministerium hat eine Erhebung der familiären badischen Familienverhältnisse über die Familienversicherung veranlaßt. Der Erhebungsbericht wurde im Badischen Institut für soziale Hygiene bearbeitet. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen sind in einer jeden erscheinenden Schrift von Dr. A. Fischer über „Die Familienversicherung in Baden“ (Nr. 2 der „Sozialhygienischen Abhandlungen“, Verlag der G. F. Müller'schen Buchhandlung in Karlsruhe) wiedergegeben. Dieser Schrift entnimmt man, daß die Familienversicherung in Baden, wo sie wegen der hohen Zahl der arbeitslos und bedürftigen unter den Geschorenen besonders notwendig ist, weit weniger ausgeübt ist, als in anderen Gegenden des deutschen Reiches, daß der gesundheitliche Nutzen der Familienhilfe als außerordentlich erwiesen zu betrachten ist, daß die Verhältnisse der maßgebenden Familien die Einführung der obligatorischen Familienversicherung unter Schwärzung von Staatszuschüssen wünschenswert und daß die Kosten für die Familienversicherung nur etwa 8 Prozent der Gesamtausgaben der Familien betragen. Es wäre sehr erfreulich, wenn der Badische Landtag den Anregungen der Gesellschaft für soziale Hygiene Folge geben könnte und die Republik Baden auf dem Gebiete der Familienhilfe allen Kulturstaaten ein Beispiel bieten würde.

Badische Politik.

Die Not des Zeitungsgewerbes.

Unter dem Vorhitz des Verlegers Dr. A. Kuntze liest dieser Tage der Verein badischer Zeitungsgewerbetreibender seine ordentliche Mitgliederversammlung in Karlsruhe ab. Einen sehr breiten Raum nahmen in den Verhandlungen naturgemäß die derzeitigen inneren und äußeren ganz außerordentlich großen Schwierigkeiten der Zeitungswelt ein. Der Vorsitzende gab hierzu ein sehr erschöpfendes Referat. Das Ergebnis konnte nur lauten: trostlos nach allen Seiten. Zunächst erhob die Verammlung energischen Protest gegen die Vergewaltigung der preußischen Presse durch die Entente bzw. die alliierte Rheinlandskommission. Es gilt vor allem den Kampf gegen die Unterdrückung und Bekämpfung der deutschen Presse aufzunehmen und nichts zu unterlassen, um die Verlegenheiten der preußischen Verleger zu beseitigen. Die Verammlung sprach daher den preußischen Verlegern Dank und Anerkennung für ihre bisherige treuherzige Haltung aus. Eine weitere fleischende Sorge bereitet die gegenwärtige Notlage der deutschen Presse. Dazu tragen vor allem die ganz ungeheuerlichen Preise des Zeitungspapieres und die ungenügende Ueberlieferung mit allen übrigen Kreisverleihen des Vereins deutscher Zeitungsgewerbetreibender einflussreich festgestellt, daß ein weiteres Beibehalten dieser hohen Papierpreise den Verlagen — neben den sonstigen ungenügenden Verhältnissen — einfach unmöglich ist, und daß die bereits in allen Verlagen eingetretene Verarmung und Betriebsmittellostigkeit unbedingt zur vollständigen Bedeutungslosigkeit der deutschen Presse und zum schließlichen Ruin derselben führen muß. Die täglich fast mehrfachen Einstellungen von Verlegen und das tägliche Verschwinden von Zeitungen reden eine so furchtbare ernste Sprache, daß diesen Zuständen gegenüber jedes weitere Wort überflüssig ist. Um diesem unheilvollen Zustand der deutschen Presse zu begegnen, hat die Regierung für ihre bisherige treuherzige Haltung aus. Eine weitere fleischende Sorge bereitet die gegenwärtige Notlage der deutschen Presse. Dazu tragen vor allem die ganz ungeheuerlichen Preise des Zeitungspapieres und die ungenügende Ueberlieferung mit allen übrigen Kreisverleihen des Vereins deutscher Zeitungsgewerbetreibender einflussreich festgestellt, daß ein weiteres Beibehalten dieser hohen Papierpreise den Verlagen — neben den sonstigen ungenügenden Verhältnissen — einfach unmöglich ist, und daß die bereits in allen Verlagen eingetretene Verarmung und Betriebsmittellostigkeit unbedingt zur vollständigen Bedeutungslosigkeit der deutschen Presse und zum schließlichen Ruin derselben führen muß. Die täglich fast mehrfachen Einstellungen von Verlegen und das tägliche Verschwinden von Zeitungen reden eine so furchtbare ernste Sprache, daß diesen Zuständen gegenüber jedes weitere Wort überflüssig ist. Um diesem unheilvollen Zustand der deutschen Presse zu begegnen, hat die Regierung für ihre bisherige treuherzige Haltung aus.

Evangelischer Pfarrverein.

Die Hauptversammlung des Evangelischen Pfarrvereins in Baden wird am 20. Juli in Offenburg im Konfirmandenklub stattfinden. Die Tagesordnung umfaßt folgende Punkte: Algemeiner Bericht und Rechnungsablage, Weiterführung des Tücherheims, Mitgliederbeiträge, Bericht zum Beamteneverein, Pfarrereinstellungsfrage, Pfarrverein und Unabhängige, Pfarrereinstellungsfrage, die humanitären Genußgaben.

Aus Baden.

a. Gienheim, 2. Juli. Am Mittwoch abend brach hier Feuer aus, das die Doppelscheuer und einen Schuppen des Wilhelm Rees und Rudolf Stöber einäscherte. Dem Feuer, das zwei Stunden anhielt, fielen 8 Schweine, 4 Wirt-

er- und 2 Häuser (Schweine), das neueingebraute...

a. Weinheim, 2. Juli. Der in Heddesheim...

= Offenburg, 2. Juli. Beim Ueberfahren...

= Freiburg, 2. Juli. In dem Mord in einem...

= Pfullendorf, 2. Juli. In Hattenweiler...

= Stodach, 2. Juli. In Drisingen spielte...

de. Billingen, 2. Juli. Am dem Verlangen...

de. Völklingen, 2. Juli. Am dem Verlangen...

= Allensbach bei Konstanz, 2. Juli. Das 12...

de. Vom Schwarzwald, 1. Juli. Während man...

wegen und der Spekulation überlassen hat, die die...

Günstig sei jener, der vom Wohnungsamt eine...

Der zweite Redner, Stadtrat Philipp, bemerkte...

Zum Schluß wurde einstimmig eine Entschließung...

1. Minderjährige Erziehung des verlassenen Wohn...

2. Einleitung einer weiteren Mietsache in den...

3. Sicherung der Bauhofverwaltung durch zureich...

4. Schärfe Bekämpfung des Bauhofwunders. Ver...

5. Sozialisierung der Zement- und Kalkindustrie...

6. Beilegung des privatrechtlichen Wohnungs...

7. Ueberführung des Bestandes an Boden in die...

8. Tarifliche Unterbindung der bestehenden gemein...

9. Sicherung und Erweiterung der bestehenden Bau...

10. Sicherung und Erweiterung der bestehenden Bau...

11. Sicherung und Erweiterung der bestehenden Bau...

12. Sicherung und Erweiterung der bestehenden Bau...

13. Sicherung und Erweiterung der bestehenden Bau...

14. Sicherung und Erweiterung der bestehenden Bau...

15. Sicherung und Erweiterung der bestehenden Bau...

16. Sicherung und Erweiterung der bestehenden Bau...

zu übernehmen, wenn das Kartell den Verkauf...

Die Bezirks- und Ortsgruppe Karlsruhe der...

Internationale Sportwettkämpfe „Colosseum“...

Nahrungsmittelprüfung. Im Juni wurden...

Die Ortsgruppe Karlsruhe der heimatreuen...

Sanetti von Ludwigshafen; Heinrich Goh von...

Todesfälle. 1. Juli: Philomena Staudinger, alt...

Verdauungszeit und Trauerhaus erwachsener...

Berichtsaal. 1. Karlsruhe, 1. Juli. In der heutigen...

Letzte Nachrichten. Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe...

Berlin, 2. Juli. (Wolff.) Die Unabhängigen...

Königsberg, 2. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die...

Ropenhagen, 2. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die...

Vom Wetter. Wetternachrichtendienst der bad. Landeswetter...

Beobachtungen badischer Wetterstationen 7. morgens...

Aus dem Stadtkreise.

Reichsgetreibeordnung. In der heutigen Nummer...

Spende. Anlässlich der Feier ihres vierzigjährigen...

Der Streik der Möbeltransportarbeiter wurde...

Zum Schuhverkauf des A. D. G. wird uns vom...

Die Ortsgruppe Karlsruhe der heimatreuen...

Chronik der Vereine.

Die Ortsgruppe Karlsruhe der heimatreuen...

Allgemeine Witterungsübersicht.

Der ostwärts wandernde hohe Druck führte in unserm...

Vorausichtige Witterung bis Samstag, 3. Juli 1920...

Rhein-Wasserstände morgens 6 Uhr: 1. Juli...

Wasserstände morgens 6 Uhr: 1. Juli...

Tagesanzeiger.

Samstag, 3. Juli. Stadt. Konzerthaus. Die Rose von Stambul...

Colosseum. Minutenspiele. Neues Programm. Karlsruher Lieberkants. Sommerfest. Adler...

Sportplatz. Fajanguergarten. S. F. G. Wölmig. 5-Kampf für Schüler und 3-Kampf für Damen...

S. G. Mühlburg. Generalversammlung. Zum St...

Reichsgesetz über die Ernte 1920.

I. Beschlagnahme.

§ 1. Das im Reich angebaute Getreide (Vollkorngetreide, Gerste und Hafer), alleinstückig oder mit andern Vollerzeugnissen gemischt, wird mit der Ernte durch den Beschlagnahmenden Beschlagnahmt, in dessen Besitz es gerät.

Die Beschlagnahme erstreckt sich auch auf den Stroh und die aus dem Getreide hergestellten Erzeugnisse, wie Wehl, Schrot, Grieß, Grauen, Gerste, Kleie, Malz. Mit dem Ausdrücken wird das Stroh, mit dem Gerste die Wehlsporen, mit dem Ausdrücken die Kleie von der Beschlagnahme nach dieser Verordnung frei; für die Kleie gilt § 56.

Der Beschlagnahmende ist § 10.

§ 2. Im Sinne dieser Verordnung gelten als Brotgetreide: Roggen, Weizen, Weizen (Mehlkorn), Gerste und Hafer; als Futtergetreide: Gerste, Weizen, Weizen (Mehlkorn), in dem sich Brotgetreide oder Gerste befindet, gilt als Brotgetreide, Weizen, in dem sich weder Brotgetreide noch Gerste, aber Hafer befindet, gilt als Hafer.

§ 3. An den Beschlagnahmenden können Veränderungen nur mit der Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vorgenommen werden, soweit sich nicht aus den §§ 5—11, 20 etwas anderes ergibt.

Das gleiche gilt von rechtskräftigen Verfügungen über die Beschlagnahme, durch die eine Verpflichtung zu solchen Verfügungen begründet wird, sowie von Verfügungen, die im Wege der Zwangsversteigerung oder Arrestvollstreckung erlassen, für die Einforderung von Vorräten aus dem Besitz eines Kommunalverbandes gelten außerdem die Vorschriften des § 28, 56 Absatz 1.

Werden Beschlagnahmende Vorräte mit Zustimmung des Kommunalverbandes in den Besitz eines anderen Kommunalverbandes gebracht, so tritt dieser mit der Beschlagnahme in seinem Besitz hinsichtlich der Rechte und Pflichten aus der Beschlagnahme an die Stelle des bisherigen Kommunalverbandes. Der Beschlagnahmende und der Empfänger haben die Beschlagnahme 3 Tagen unter Angabe der Art und Menge beiden Kommunalverbänden anzuzeigen. Die Frist beginnt für den Empfänger mit der Ablieferung, für den Empfänger mit der Abnahme der Vorräte.

Werden Beschlagnahmende Vorräte wiederholt in den Besitz eines anderen Kommunalverbandes gebracht, so hat dieser die Rechte und Pflichten des Kommunalverbandes, für den die Vorräte beschlagnahmt sind, für den Beschlagnahmenden zu übernehmen. Er hat der Reichsregierung Mitteilung über Art und Menge, sowie Herkunft der Vorräte zu machen und mit den Vorräten nach ihren Bestimmungen zu verfahren.

§ 4. Vor der Trennung vom Boden dürfen Kaufverträge über Getreide oder andere an Veräußerung oder Erwerb von Getreide gerichtete Verträge nicht abgeschlossen werden, wenn nicht der Kommunalverband schriftlich seine Zustimmung erklärt hat.

Verträge, die vor Inkrafttreten dieser Verordnung abgeschlossen worden sind, sind nichtig.

§ 5. Der Unternehmer eines landwirtschaftlichen Betriebs hat die zur Ernte erforderlichen Arbeiten vorzunehmen. Der Beschlagnahmende Vorräte ist berechtigt und verpflichtet, die zur Erhaltung und Pflege der Vorräte erforderlichen Handlungen vorzunehmen.

Der Beschlagnahmende ist berechtigt und verpflichtet, die ausländischen Besätze zu beschlagnahmen, soweit bei Gemeine, Körner und Hülsenfrüchte vorkommen. Die Beschlagnahme und die Veräußerung dieser Besätze sind aber die von ihnen bestimmten Stellen können über Art, Art und Ort des Ausdrückens, sowie über Anzeigebrief und Bestellungen des Druckereibesetztes Anordnungen treffen.

Der Beschlagnahmende Vorräte ist berechtigt und verpflichtet, die Besätze, sobald sie angedeckelt sind, dem Kommunalverband zu liefern. Der Kommunalverband hat dafür zu sorgen, daß die Vorräte gemäß den Vorschriften dieser Verordnung innerhalb zweier Wochen abgenommen werden.

Als Beschlagnahmende im Sinne dieser Verordnung gilt auch der mit der Verwaltung der Vorräte für den Eigentümer betraute Inhaber des Gewerkschafts.

§ 6. Wenn der Unternehmer eines landwirtschaftlichen Betriebs oder der Beschlagnahmende eine der ihm nach § 5 obliegenden Handlungen nicht rechtzeitig vor, so kann die zuständige Behörde die erforderlichen Arbeiten auf seine Kosten durch einen Dritten vornehmen lassen. Der Verpflichtete hat die Vornahme auf seinem Grunde und Boden, sowie in seinem Besitze, zu bestreiten. Die Kosten seines Betriebs zu decken. Auf Verlangen der Reichsregierung, der Landeszentralbehörde oder des Kommunalverbandes ist die Gemeinde zur Vornahme der Arbeiten auf Kosten des Sämlings verpflichtet.

§ 7. Innerhalb desselben landwirtschaftlichen Betriebes dürfen räumliche Veränderungen mit Beschlagnahmenden Vorräten vorgenommen werden. Werden dabei Vorräte in eine andere Gemeinde gebracht, so hat der Beschlagnahmende die Beschlagnahme in beiden Gemeinden anzuzeigen. Die Beschlagnahme erstreckt sich auf die Vorräte in der Wirtschaftsorte (§ 28) für die Gemeinde aufgenommen sind, in die sie gebracht werden. Werden Vorräte in einen anderen Kommunalverband gebracht, so ist die Ortsbehörde binnen 3 Tagen auch beiden Kommunalverbänden anzuzeigen.

Mit der Abnahme der Vorräte in dem Besitze des anderen Kommunalverbandes tritt dieser hinsichtlich der Rechte und Pflichten aus der Beschlagnahme an die Stelle des bisherigen Kommunalverbandes.

§ 8. Erobert der Beschlagnahmende durch den Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe von ihrem selbstgebauten Getreide in der Zeit vom 16. August 1920 bis zum 16. August 1921:

1. an Gerste monatlich an Gerste und Hafer monatlich je fünf Kilogramm verbrauchten;

2. die durch die Tarifverträge festgesetzten Deputationsraten an Deputationsberechtigten aus einem Verbrauches liefern, auch soweit sie die in Art. 1 genannten Mengen übersteigen;

3. an das im Betriebe enthaltene Stroh die vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft mit Zustimmung des Reichsrats festgesetzten Mengen Gerste und Hafer veräußern; diese dürfen nur in gedrucktem Zustand veräußert werden, soweit der Kommunalverband nicht Ausnahmen gestattet;

4. zur Befriedigung der zum Betriebe gehörenden Grundstücke auf das Gebiet verwenden:

an Winterroggen bis zu 165 kg, an Sommerroggen bis zu 100 kg, an Sommerweizen bis zu 185 kg, an ungewaschenem Weizen bis zu 300 kg, an ungewaschenem Gerste bis zu 210 kg, an Hafer bis zu 160 kg, an Weizen bis zu 160 kg, an Weizen bis zu 160 kg, an Weizen bis zu 160 kg.

Die Landeszentralbehörden sind ermächtigt, die Satzungen bei dringendem wirtschaftlichen Bedürfnis für einzelne Betriebe oder ganze Bezirke bis zu einer von der Reichsregierung bestimmten Grenze zu erhöhen.

§ 9. Selbstverarbeiter gelten, vorbehaltlich einer anderen Bestimmung nach § 56, als Unternehmer des landwirtschaftlichen Betriebs, die Anzeigebriefe seiner Wirtschaft, Naturabrechnungen, soweit sie als Lohn- oder Pachtbina-

(Stilkent) Ausgabe, Ausgabende, Verkauf) Getreide oder daraus hergestellte Erzeugnisse zu beschlagnahmen haben, ferner alle im landwirtschaftlichen Betriebe oder in übernehmend beschlagnahmten Personen während der Dauer der Beschlagnahme, sowie deren Angehörige, soweit sie mit ihnen im gleichen Haushalt leben, und nicht in anderen Betrieben beschäftigt sind.

§ 8a. Erobert der Beschlagnahmende durch den Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe von ihrem selbstgebauten Getreide in der Zeit vom 16. August 1920 bis zum 16. August 1921:

1. an Gerste monatlich an Gerste und Hafer monatlich je fünf Kilogramm verbrauchten;

2. die durch die Tarifverträge festgesetzten Deputationsraten an Deputationsberechtigten aus einem Verbrauches liefern, auch soweit sie die in Art. 1 genannten Mengen übersteigen;

3. an das im Betriebe enthaltene Stroh die vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft mit Zustimmung des Reichsrats festgesetzten Mengen Gerste und Hafer veräußern; diese dürfen nur in gedrucktem Zustand veräußert werden, soweit der Kommunalverband nicht Ausnahmen gestattet;

4. zur Befriedigung der zum Betriebe gehörenden Grundstücke auf das Gebiet verwenden:

an Winterroggen bis zu 165 kg, an Sommerroggen bis zu 100 kg, an Sommerweizen bis zu 185 kg, an ungewaschenem Weizen bis zu 300 kg, an ungewaschenem Gerste bis zu 210 kg, an Hafer bis zu 160 kg, an Weizen bis zu 160 kg, an Weizen bis zu 160 kg, an Weizen bis zu 160 kg.

Die Landeszentralbehörden sind ermächtigt, die Satzungen bei dringendem wirtschaftlichen Bedürfnis für einzelne Betriebe oder ganze Bezirke bis zu einer von der Reichsregierung bestimmten Grenze zu erhöhen.

§ 9. Selbstverarbeiter gelten, vorbehaltlich einer anderen Bestimmung nach § 56, als Unternehmer des landwirtschaftlichen Betriebs, die Anzeigebriefe seiner Wirtschaft, Naturabrechnungen, soweit sie als Lohn- oder Pachtbina-

§ 10. Erobert der Beschlagnahmende durch den Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe von ihrem selbstgebauten Getreide in der Zeit vom 16. August 1920 bis zum 16. August 1921:

1. an Gerste monatlich an Gerste und Hafer monatlich je fünf Kilogramm verbrauchten;

2. die durch die Tarifverträge festgesetzten Deputationsraten an Deputationsberechtigten aus einem Verbrauches liefern, auch soweit sie die in Art. 1 genannten Mengen übersteigen;

3. an das im Betriebe enthaltene Stroh die vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft mit Zustimmung des Reichsrats festgesetzten Mengen Gerste und Hafer veräußern; diese dürfen nur in gedrucktem Zustand veräußert werden, soweit der Kommunalverband nicht Ausnahmen gestattet;

4. zur Befriedigung der zum Betriebe gehörenden Grundstücke auf das Gebiet verwenden:

an Winterroggen bis zu 165 kg, an Sommerroggen bis zu 100 kg, an Sommerweizen bis zu 185 kg, an ungewaschenem Weizen bis zu 300 kg, an ungewaschenem Gerste bis zu 210 kg, an Hafer bis zu 160 kg, an Weizen bis zu 160 kg, an Weizen bis zu 160 kg, an Weizen bis zu 160 kg.

Die Landeszentralbehörden sind ermächtigt, die Satzungen bei dringendem wirtschaftlichen Bedürfnis für einzelne Betriebe oder ganze Bezirke bis zu einer von der Reichsregierung bestimmten Grenze zu erhöhen.

§ 9. Selbstverarbeiter gelten, vorbehaltlich einer anderen Bestimmung nach § 56, als Unternehmer des landwirtschaftlichen Betriebs, die Anzeigebriefe seiner Wirtschaft, Naturabrechnungen, soweit sie als Lohn- oder Pachtbina-

§ 10. Erobert der Beschlagnahmende durch den Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe von ihrem selbstgebauten Getreide in der Zeit vom 16. August 1920 bis zum 16. August 1921:

1. an Gerste monatlich an Gerste und Hafer monatlich je fünf Kilogramm verbrauchten;

2. die durch die Tarifverträge festgesetzten Deputationsraten an Deputationsberechtigten aus einem Verbrauches liefern, auch soweit sie die in Art. 1 genannten Mengen übersteigen;

3. an das im Betriebe enthaltene Stroh die vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft mit Zustimmung des Reichsrats festgesetzten Mengen Gerste und Hafer veräußern; diese dürfen nur in gedrucktem Zustand veräußert werden, soweit der Kommunalverband nicht Ausnahmen gestattet;

4. zur Befriedigung der zum Betriebe gehörenden Grundstücke auf das Gebiet verwenden:

an Winterroggen bis zu 165 kg, an Sommerroggen bis zu 100 kg, an Sommerweizen bis zu 185 kg, an ungewaschenem Weizen bis zu 300 kg, an ungewaschenem Gerste bis zu 210 kg, an Hafer bis zu 160 kg, an Weizen bis zu 160 kg, an Weizen bis zu 160 kg, an Weizen bis zu 160 kg.

Die Landeszentralbehörden sind ermächtigt, die Satzungen bei dringendem wirtschaftlichen Bedürfnis für einzelne Betriebe oder ganze Bezirke bis zu einer von der Reichsregierung bestimmten Grenze zu erhöhen.

§ 9. Selbstverarbeiter gelten, vorbehaltlich einer anderen Bestimmung nach § 56, als Unternehmer des landwirtschaftlichen Betriebs, die Anzeigebriefe seiner Wirtschaft, Naturabrechnungen, soweit sie als Lohn- oder Pachtbina-

§ 10. Erobert der Beschlagnahmende durch den Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe von ihrem selbstgebauten Getreide in der Zeit vom 16. August 1920 bis zum 16. August 1921:

1. an Gerste monatlich an Gerste und Hafer monatlich je fünf Kilogramm verbrauchten;

2. die durch die Tarifverträge festgesetzten Deputationsraten an Deputationsberechtigten aus einem Verbrauches liefern, auch soweit sie die in Art. 1 genannten Mengen übersteigen;

3. an das im Betriebe enthaltene Stroh die vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft mit Zustimmung des Reichsrats festgesetzten Mengen Gerste und Hafer veräußern; diese dürfen nur in gedrucktem Zustand veräußert werden, soweit der Kommunalverband nicht Ausnahmen gestattet;

4. zur Befriedigung der zum Betriebe gehörenden Grundstücke auf das Gebiet verwenden:

an Winterroggen bis zu 165 kg, an Sommerroggen bis zu 100 kg, an Sommerweizen bis zu 185 kg, an ungewaschenem Weizen bis zu 300 kg, an ungewaschenem Gerste bis zu 210 kg, an Hafer bis zu 160 kg, an Weizen bis zu 160 kg, an Weizen bis zu 160 kg, an Weizen bis zu 160 kg.

Die Landeszentralbehörden sind ermächtigt, die Satzungen bei dringendem wirtschaftlichen Bedürfnis für einzelne Betriebe oder ganze Bezirke bis zu einer von der Reichsregierung bestimmten Grenze zu erhöhen.

§ 24. Jeder Kommunalverband haftet dafür, daß alle für ihn beschlagnahmten Vorräte der Reichsregierung an Veräußerung gestellt werden, soweit sie nicht den Unternehmern landwirtschaftlicher Betriebe nach §§ 8, 9, 10, 44 zu belassen sind oder von selbstverarbeitenden Kommunalverbänden zur Durchführung der Selbstwirtschaft (§ 22) und zum Futterausgleich (§ 62) zurückbehalten werden dürfen. Die über die festgesetzten Mengen (§ 18 Abs. 1) hinaus verfügbaren Mengen an Getreide sind stets so bald wie möglich abzuliefern. Der Kommunalverband kann verlangen, daß die Reichsregierung jede ihr zur Veräußerung gestellte Menge binnen 2 Wochen abnimmt.

Der Kommunalverband hat die festgesetzten Mengen an die Gemeinden oder unmittelbar auf die landwirtschaftlichen Betriebe bis zu dem von der Reichsregierung bestimmten Zeitpunkt umzuliefern.

Die Reichsregierung kann a) anerkanntes Saatgut auf Antrag des Erzeugers, b) Getreide, das zur Ausfuhr in den nächsten Wirtschaftsjahr benötigt wird, von der Anrechnung auf den Bedarfsanteil (§ 18 Abs. 1 d) ausnehmen oder auf die festgesetzten Mengen anrechnen.

§ 25. Erfüllt der Kommunalverband die ihm obliegende Ablieferungsobligationspflicht nicht rechtzeitig, so kann die Reichsregierung die für die Versorgung der Bevölkerung und für die Selbstverarbeiter festgesetzten Mengen (§ 18 Abs. 1 d) herabsetzen. Die Reichsregierung kann auch die Lieferung der auf den Kommunalverband entfallenden Erzeugnisse der Betriebe (§ 18 Abs. 1 c) einschränken oder einstellen.

Die vorstehenden Anordnungen trifft die Reichsregierung im Einvernehmen mit der Landeszentralbehörde. Wird ein Einvernehmen nicht erzielt, entscheidet der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft.

Der Kommunalverband kann die vorgenommenen Anordnungen dem auf die Gemeinden oder auf die landwirtschaftlichen Betriebe verteilten, daß in erster Linie die Gemeinden oder die Betriebe betroffen werden, die ihre Ablieferungsobligationspflicht nicht erfüllt haben. Der Kommunalverband trägt unterhalb seiner Ablieferungsobligationspflicht auch die Lieferung anderer Bedarfsgegenstände der Gemeinden oder den Betrieben gegenüber einschränken oder einstellen.

Die Vorschriften im Absatz 1 bis 3 finden keine Anwendung, soweit die Ablieferung ohne Verschulden eines Lieferungsgefährlichen unterbleibt.

§ 26. Der Kommunalverband hat eine kaufmännisch eingerichtete Geschäftsstelle zu unterhalten. Er hat für jeden landwirtschaftlichen Betrieb seines Bezirkes eine Wirtschaftskarte nach dem von der Reichsregierung festgesetzten Formblatt fortzuführen und die Reichsregierung und deren Bevollmächtigten auf Verlangen die Einsicht in die Wirtschaftskarten und die dazu gehörenden Aufzeichnungen zu gestatten.

Der Kommunalverband kann, unbeschadet seiner Verpflichtung zur Ablieferung von Wirtschaftskarten, seinen Gemeinden für ihren Bezirk die gleiche Verpflichtung auferlegen.

Der Unternehmer eines landwirtschaftlichen Betriebs ist verpflichtet, auf Verlangen des Kommunalverbandes oder der Gemeinde alle zur Anlegung und Fortführung der Wirtschaftskarte erforderlichen Auskünfte zu erteilen.

§ 29. Die Reichsregierung bestellt für den Bezirk jedes nicht selbstverarbeitenden Kommunalverbandes (§ 23) einen oder mehrere von Kommunalverbänden vorzustellende Kommissionäre, durch die der Erwerb des Getreides erfolgt. Die Anzahl der Kommissionäre bestimmt die Reichsregierung nach Rücksicht auf die Zahl der Wirtschaftskarten, falls das Vertragsverhältnis mit einem Kommissionär endet, hat die Reichsregierung dem Kommunalverbande Gelegenheit zu geben, einen anderen Kommissionär vorzustellen.

Bei der Auswahl der Kommissionäre ist der Handel, der im Kommunalverbande schon im Frieden tätig war, insoweit zu berücksichtigen. Als Kommissionäre können nur Händler und Genossenschaftler, die schon bisher im Handel mit Getreide tätig waren, sowie solche Personen bestellt werden, die am 31. Juli 1914 Anstellung solcher Händler oder Genossenschaftler waren. Unternehmern von Mühlenbetrieben oder Vereinigungen von solchen, sowie deren Anzeigebrief dürfen nicht als Kommissionäre bestellt werden. Verträge, nach denen die Kommissionäre einen Teil ihrer Kommissionäre an den Kommunalverband abzuliefern haben, sind ohne vorherige Zustimmung der Reichsregierung nichtig. Verträge, durch die mit Rücksicht auf die Befriedigung als Kommissionäre ein Einseitig angesetzt wird, sind nichtig.

Die Kommissionäre haben nach den Anweisungen der Reichsregierung alle im Kommunalverband vorhandenen Vorräte an Getreide, soweit sie nicht nach §§ 8, 9, 10, 44 den Unternehmern landwirtschaftlicher Betriebe zu belassen sind, zu erwerben und abzuliefern. Die Kommissionäre unterliegen, unbeschadet ihrer Pflichten gegenüber der Reichsregierung, den Vorschriften des Kommunalverbandes und haben diesem sowie nach dessen Anweisungen den Gemeinden in vorbeschriebener Form über ihre Tätigkeit Bericht zu erstatten.

§ 37. Die Gemeinde hat dafür zu sorgen, daß das in ihrem Bezirk angebaute Getreide zweckentsprechend geerntet und ausgedroschen wird. Sie hat ferner dafür zu sorgen, daß die beschlagnahmten und nach § 72 Abs. 1 Satz 3 sichergestellten Vorräte zweckentsprechend aufbewahrt und ordnungsmäßig behandelt werden.

Auf Verlangen der nach § 6 Abs. 2 zuständigen Stellen hat sie die zur Ernte, zur Erhaltung und Pflege, zum Ausdruck oder zur Trennung der Vorräte erforderlichen Arbeiten auf Kosten des Verpflichteten (§ 6 Abs. 1) vorzunehmen.

Die Gemeinde hat von dem ihr nach § 72 Abs. 1 Satz 3 zugehörigen Anteilen dem Kommunalverband sofort Mitteilung zu machen.

§ 38. Die Gemeinde hat die Aufbewahrung und Verwendung des Saatgutes an Getreide zu überwachen. Die nach der Befestigung abzurückbleibenden Mengen hat sie dem Kommunalverband zwecks Ablieferung anzuhändigen.

§ 39. Die Gemeinde hat dafür zu sorgen, daß alles aus ihrem Bezirk abzuliefernde Getreide der Reichsregierung oder, wenn die Gemeinde in dem Bezirk eines selbstverarbeitenden Kommunalverbandes liegt (§ 23), dem Kommunalverbande zur Veräußerung gestellt wird.

Die Gemeinde hat nach den Anweisungen des Kommunalverbandes die Ablieferung zu fördern, insbesondere die Kommissionäre beim Erwerb des Getreides zu unterstützen. Auf Verlangen des Kommunalverbandes hat sie nach § 29 die Gemeinden für die im Gemeindebezirk gelegenen landwirtschaftlichen Betriebe Wirtschaftskarten fortzuführen zu führen (§ 29). Sie hat der Reichsregierung und deren Bevollmächtigten auf Verlangen die Einsicht in die Wirtschaftskarten und die dazu gehörenden Aufzeichnungen zu gestatten.

§ 40. Die Gemeinde haftet dafür, daß die nach § 24 Abs. 2 ihr oder ihren landwirtschaftlichen Betrieben zur Veräußerung anzuwendenden Mengen rechtzeitig zur Veräußerung gestellt werden. Sie kann die ihr zur Veräußerung anzuwendenden Mengen auf ihre landwirtschaftlichen Betriebe umlegen. Die über die zur Veräußerung anzuwendenden Mengen hinaus verfügbaren Mengen hat die Gemeinde sobald wie möglich zwecks Ablieferung dem Kommunalverband anzuhändigen.

§ 41. Hat die Gemeinde ihre Ablieferungsobligationspflicht nicht erfüllt, und macht der Kommunalverband von seiner Befugnis nach § 25 Abs. 3 die Ablieferung auf die Gemeinden zu verteilen. Gebrauch, so kann die Gemeinde die Ablieferung dem auf ihre landwirtschaftlichen Betriebe verteilten, daß in erster Linie diejenigen betroffen werden, die ihre Ablieferungsobligationspflicht nicht erfüllt haben. Die Gemeinde kann innerhalb ihrer Veräußerungsobligationspflicht auch die Lieferung anderer Bedarfsgegenstände den Betrieben gegenüber einschränken oder einstellen.

§ 42. Die Gemeinde wird für ihre Tätigkeit nach §§ 38, 39 von dem Kommunalverbande gemäß der Vorschriften in § 30 Abs. 1 Satz 2 entschädigt.

IV. Einleitung.

§ 43. Das Eigentum an beschlagnahmten Vorräten kann auf Antrag durch Anordnung der zuständigen Behörde auf die Reichsregierung übertragen werden (Enteignung). Der Antrag wird von der Reichsregierung oder von dem Kommunalverbande, für den beschlagnahmt ist, gestellt.

Der Vogt von Hornberg.

Eine Schwarzwaldbeschichte von Walter Drexl.

(Radikant verboten.)

Zu selben Augenblick aber flog die Türe auf, und ein riesenlanger Mensch trat in die Stube — Jög Herrig, der Spornsdorfer! Der wachte sich frisches Blut von der rechten Hand und wandte sich an die beiden Knechte — der dritte war schon vorhin hinausgegangen — die keinen Herrn bewachend an der Türe standen.

„Gute Kameraden“, sagte er fast tonlos und mit furchtbarer Ruhe, „liegen tot in der Scheuer draußen. Ihr könnt jetzt wählen, ob ich euch das Genick abdrücken oder an die Wand schmeißen soll wie faule Eier. Das Weib da drüben aber“, er schaute zu Barbara hin, „häng ich nachher auf ... ohn' Neun und Leid ... daß die Peitschenstricken von neulich nicht vergehen!“

Der Vogt machte eine abwehrende Gebärde gegen den Wütenden hin, aber der sah nichts oder wollte nichts sehen.

„Habt mich färblich festgehalten beim Würfelspiel, ihr Kurzhäse. Aber nun spricht, wer zuerst in den Himmel fahren will ...“

Schon aber führten sich mit dem Mut der Verzweiflung die beiden Knechte auf den Widersacher, und eines Moments kurze schien es, als gelänge es ihnen Herr zu werden, bereits funkelte eine Klinge in der Faust des einen, da trafen, wie vom Blitz getroffen, die beiden Körper auf den Dielenboden. Aus den Rippen aber flog der Staub auf.

„Wollt wohl ein Späße machen?“ sagte Jög Herrig ruhig und hob den einen an der Kehle langsam vom Boden auf. Der suchte noch nach dem entfallenen Messer zu greifen, ließ dann aber plötzlich die Arme sinken, und eine Minute später warf Schärzels Kopf nach der Kehle des Erwürgten hinter den Ofen.

„Jetzt kommt du dran“, wollte er sich an den anderen wenden. Aber der war schon zur Türe hinaus. Schreiend vor Entsetzen lief er über den Hof, dem Walde zu.

„Und jetzt das Bauernmensch“, die kalten Augen suchten Barbara, „hol die Peitschenstricke, Dirne“, sagte er dumpf, „ich will dich erdroffeln ...“

Johannes Brenz stand wortlos vor Grausen, seine Kinder hatten sich nimmernd in eine Ecke geflüchtet, ein gepenstiger Windstoß ließ das ganze Haus erzittern ...

„Vorwärts, Dirne!“

Da kam Leben in den Vogt. „Laf gut sein, Jög“, sagte er mit vor Entsetzen schwanfender Stimme. „Was mit dem Weib geschieht, werde ich bestimmen!“

Noch immer stand Barbara stolz aufgerichtet vor dem Knecht. „Hier bin ich“, sagte sie fest, „tut mit mir, wie ihr wollt ...“

Jög Herrig aber wandte sich ab. Es schien auch ihm für heute des Gräßlichen genug zu sein. Langsam verließ er die Stube.

Schweigend standen sich Brenz und Barbara gegenüber. Wie schnell hatte sich das Blatt gewendet! Was haltend ging der Schreckliche draußen auf und nieder.

Des Mannes Augen ruhten voller Mitleid auf dem Weib. Nicht eine Spur von Zorn oder Mißmut lagerte auf seiner Stirn. Da fand sie vor ihm, die unbegreifliche Feindin, die ihm ihr Haus verboten, die Kinder verurteilt und wahrscheinlich auch den Anlaß zu dem heutigen Ueberfall gegeben hatte, die Grubbauerin, deren

wilder Haß sich gegen den Unbekannten gewandt hatte, nur weil er der Nachfolger eines anderen war. Fest und trozig sah sie ihm in die Augen, wie einst zu Basel, da sie ihn zu ihrem sterbenden Bruder gebeten.

Ein eigenartiges Gefühl beschlich den Pseudovogt von Hornberg. Wie kam jowiel ehrlicher, gerader Sinn und jowiel jüngerer, fast heidnischer Haß in einem Menschenherzen zusammen? Und gar in dem eines Weibes! Wie konnte ein so männlicher, unbegabter Mut in diesem Weib wohnen, das er vor kurzer Zeit noch so neblig weich und aufopferungsvoll an einem Totenbette hatte stehen sehen?

Dürchter Sinn, der dir dies idiose Frauenbild vorgegaukelt seit jener Stunde, treibst du immer noch dein freies Spiel? Dürchter Herz, das sich an dieses Weibes Seite Ruhe und Frieden erträumt, wendest du dich nicht voll Wissen von der Räufelstüchtigkeit?

Doch sieh! Sieh dich nicht die breite Brust unter dem Samtmieder wie in verhaltener Aufregung? Ist doch nicht alles Herbst und Härte? Oder ist's Juchhe? Nein, nimmermehr! Und nun kam ein dumpfer, aber schneidend weher Laut über die todflaffen Rippen der Grubbauerin: „So wahr ein Gott im Himmel lebt, ich wuchte nicht, daß gerade ihr der Hornberger Vogt seid ... tausendmal lieber gestorben wär ich alle Stunden, als daß ich euch ein Leids zugesägt ... und nun? Sie richtete sich wieder auf, stolz und hochmütig, und ihre Stimme hatte wieder jenen stählernen Klang, der sich so fremd und kalt anhörte. „Tut, wie ihr wollt ... Schuldreich Engländer!“

Aber noch blieb sein Mund geöffnet.

Und dann, auf einmal, wie von weither, schlug seine weiche, warme Stimme an Barbaras Ohr,

langsam und so väterlich mild: „Die Rache ist mein“, spricht der Herr. „Ich will Euch kein Leids tun, Barbara ... ich möchte Euch vrezehen ...“

Erst schaute sie ihn verständnislos an, dann aber, als sie seiner Worte Sinn begriffen, sank das stolze Weib plötzlich vor ihm in die Knie und bedeckte des Mannes Hand mit heißen Rippen.

Der ließ es ruhig geschehen, aber seine Augen wurden naß, als er auf den glänzenden Frauenschteitel niedersah. Dann wandte er sich langsam der Türe zu. Seine Kinder an der Hand und gefolgt von Herrigen verließ er den Grubhof.

Im Reichenbachgrund ging ihm eine frühe Schar voraus. Die waren auch beim Schellenmarkt gewesen, und der jungen Liebe Frühlingslieb, das sie sangen, klang feierabendlich durch die schlafenden Wälder:

Mein Freud allein auf dieser Welt, Mein Trost in allen Stunden, Mein Herz hat sich zu dir gesellt, Mit Lieb und Treu verbunden. Durch dich bin ich mit Liebeskraft Schwerlich behaft!

Zu deinem Dienst mit Fleiß gericht, An argen List Dir gänzlich ist Mein Herz in rechter Lieb verpficht!

Droben aber am nachstenden Waldrand lehnte eine dunkle, flüsterliche Gestalt an einem Tannenstamm. In den Händen hielt sie ein verdorrtes Schlüsselblumenkränzchen. Darauf fielen Tränen.

(Fortsetzung folgt.)

An die Einwohnerschaft von Karlsruhe und Umgebung!

Wer nicht sachlich entgegen kann, wird persönlich.

Auf persönliche Anrempelungen lassen wir uns nicht ein. Wir überlassen es dem Publikum zu entscheiden:

1. ob unsere Waren aus Leder oder aus Pappdeckel bestehen,
2. ob unsere Preise oder die der sogenannten reellen Schuhhändler niedriger sind,
3. ob wir oder die Schuhhändler den Preissturz herbeigeführt haben.

Wir offerieren:

Gute starke Arbeitstiefel für Mk. 125.-	Damenstiefel in schwarz und farbig in allen Lederarten . . . von Mk. 120.- bis Mk. 160.-
Frauenwerktagsschuhe für Mk. 65.-	Schwarze Damenhalschuhe in allen Lederarten für Mk. 95.-
Herrensonntagstiefel in farbig und schwarz, in allen Lederarten für Mk. 160.-	Farbige Damenhalschuhe für Mk. 115.-

Kinderstiefel zu den billigsten Preisen.

Besichtigung ohne Kaufzwang gerne gestattet.

Ortsausschuß Karlsruhe des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Moderne Hausmusik!
Zither-, Mandoline-, Gitarre-, Laute-, Schoßvioline-Unterricht erteilt **Oskar Mülthaler, Putlitzstraße 14.**
Reparaturen und Stimmungen gut und billig.

Für **Braufleute u. Flüchtlinge**
Altrenommiertes, leistungsfähiges Möbelhaus liefert bestgearbeitete, stilvolle Qualitäts- (Einzelmöbel u. ganze Einrichtungen) an vertrauenswürdige Leute jeden Standes zu **erleichterten Zahlungsbedingungen.**
Angebote unter Nr. 1299 ins Tagblattbüro erbeten.

Wieder eingetroffen:
Reines **Schweineschmalz**
blütenweiß
Pfund Mk. 19,50,
bei 10 Pfund Mk. 19,25
Hans Kissel
Kaiserstraße 150.
Telephon 335.

Rudjäck
prima Qualität, eigenes Fabrikat, in verschied. Preislagen, sowie Herrenportgürtel hat abzugeben
Mag. Oswald, Sattlerei, Karlsruhe, Schützenstr. 42.
1 Kibel mit 10 Pfund **Heidelbeeren**
beste Qualität, frei ins Haus, vers. zu 30 L. 35,- gegen Nachn. od. Vorkontingung des Betr.
Emil Börsig, Griesbach i. Nienental.

Fisch-Halle
Waldhornstraße 48
Telephon 3769 Telephon 3769.
1 Waggon lebendfrische **See-Fische** eingetroffen.
Kabeljau, Schellfische per Pfund Mk. 2.- und Mk. 2,50
Große Rollmöpse Stück 70 Stk
Ernst Kursiefen.

HERDE
in verschied. Größen und Ausführungen vorrätig bei
L. J. ETLINGER
Ecke Kaiser- und Kronenstraße.

Schloß-Kaffee
mit eigener Konditoroi und bürgerlich. Weinkolal
Karl-Friedrichstraße 1 — Fernspr. 2257
in nächster Nähe des Marktplatzes.
Angenehmes und feinstes Familienkaffee am Platze.
Täglich nachmittags von 4 Uhr ab **Künstler-Konzert.**
Besitzer: **Adam Vogt.**

Maxim-
Weinrestaurant bleibt wegen Instandsetzung der Lokalitäten geschlossen.
Wiedereröffnung am 15. Juli 1920
Der neue Inhaber.

Gloor & Appel
Karlsruhe, Kaiserstraße 172, Fernsprecher 4992.
Großhandlung sämtl. elektrotechnischer Installationsmaterialien sowie ständ. Lager an Drehstrommotoren für hiesige und auswärtige Spannungsverhältnisse.

Emaillé-Geschirre
werden dauerhaft repariert (nicht gelötet)
Geschirre-Reparatur-Mastalf Aönerstraße 38 im Hof. Telephon 1421.

„Zum Rheingold“
Waldhornstraße 22.
Gut bürgerliches und solides **Wein- u. Bier-Restaurant.**
Bekannt durch vorzügliche Weine und anerkannt gute Küche.
Qualitätsweine von Mk. 3,50 per ¼ Liter an. Gutbesuchtes, gemüthliches Lokal. — Printz-Biere

Karlsruher Zigarrenhaus
Kaiserstraße 88
nur neben dem abgebrannten Museum.
Meine Spezialmarke:

Der letzte Ritter
macht einen **Siegeszug.**
Warum? Weil **billig** und gut. — Verkaufspreis Mk. 1,20.
Machen Sie einen Versuch!
Alleinige Fabrik-Niederlage: **C. Hansberger, Tabakfabrikate** en gros en detail.
Nicht verwechseln, nur Kaiserstr. 88
Der letzte Ritter ist jetzt auch in meinen Filialen Waldstraße 69 und Mühlpurgerstraße 2 in Grünwinkel zu haben.

Schreibmaschinen
repariert schnell, sauber und billig
J. C. Mosetter Nachf.
Inhaber: **Wilhelm Prüfer**
Kaiserstr. 227. Tel. 3172.

Druckarbeiten jeder Art liefert in tadelloser Ausführung
G. F. Müllersche Hofbuchhandlung m. b. H.

Die glückliche Geburt ihres zweiten Sohnes **Gerhard Raimund** freuen sich anzuzeigen
Priv.-Dozent Dr. Max Lemberg u. Frau Hildegard, geb. Claus.
Karlsruhe, 2. Juli 1920.

Städtisches Konzerthaus.
Samstag, den 3. Juli 1920,
Die Rose von Stambul
Operette in 3 Akten von Leo Fall.
Anfang 7 Uhr. * 11,00 Ende ¼ 10 Uhr.

COLOSSEUM.
Heute Samstag ringen
Lechleitner gegen v. D'Heyd
Winghard gegen Christensen
Goldstein gegen Vogtmann.

Palast Lichtspiele
Herrenstraße 11 Telephon 2502
Ab heute Samstag:
Eine Demimonde
Heirat
Drama in 5 Akten nach dem gleichnamigen Bühnenwerk von Augier.
In der Hauptrolle:
Lya Mara.
Thea Steinbrecher in ihrem neuen Lustspiel
Mit 300 PS zum Standesamt.
2 Akte.

Wirtschafts- und Handels-Zeitung des Karlsruher Tagblattes

Die Lockerung der Zwangswirtschaft.

Um die Frage des Abbaus der Zwangswirtschaft, die jetzt akut geworden ist, einer Lösung entgegenzuführen, fand gestern nachmittag unter dem Vorsitz des Ministers des Innern Remmele eine Konferenz von Vertretern der Erzeugerorganisationen statt, nachdem vor einiger Zeit eine solche der Verbraucherkreise stattgefunden hatte. Der Minister machte sich zunächst mit allgemeinen Erörterungen über die Vertreter der landwirtschaftlichen Organisationen, der Landwirtschaftskammer, der Landwirtschaftsfraktionen und die Vertreter der Presse und ging dann gleich auf die einzelnen Gebiete ein, für die eine Befreiung von der Zwangswirtschaft ins Auge gefaßt ist. Wegen des Tabaks wird die bayerische Regierung zu erreichen suchen, daß für Baden der freie Handel erlaubt wird. Die Reichsregierung hat sich aber noch nicht endgültig entschieden. Auch für die Oelfrüchte will Baden die Befreiung der Zwangswirtschaft erstreben. Die Reichsregierung ist sich über ihre Stellungnahme noch nicht schlüssig, will sich aber auf eine Sonderregelung für Baden nicht einlassen. Die öffentliche Bewirtschaftung für Fleisch ist in der Praxis gut wie aufgehoben. Von der Reichsregierung wohl eine entsprechende Umgestaltung ins Auge gefaßt, aber eine glatte Beseitigung nicht vorzuziehen. Bekanntlich halten die meisten der Länder mit Ausnahme von Hessen an der Zwangswirtschaft für Fleisch noch fest. Es sei erforderlich, daß entsprechend Futtermittel für die Schweinefleisch eingeführt würde, sonst würde das wenige noch vorhandene Vieh abgeschlachtet, was auch die Milch- und Butterproduktion ungünstig einwirken würde. Eine Einfuhr von Getreide, Eiern usw. aus dem Osten konnte nicht in Betracht, weil die Transportverhältnisse in den östlichen Gebieten so schlecht seien. Ebenso hindern der Mangel an Schiffsraum, die Valuta und sonstige weltwirtschaftliche Hemmnisse eine bedeutendere Einfuhr aus Übersee. Die Zwangswirtschaft für Fett hat durch die Ereignisse in der weltwirtschaftlichen Versorgung ihr Ende gefunden. Die Reichsregierung wird durch den Rückgang des Preises für Margarine von 21 auf 16 Mk. Hunderte von Millionen einbüßen. Wegen der Kartoffelversorgung, die für Baden ebenfalls freigegeben werden soll, steht die Entscheidung der Reichsregierung noch aus. Mit der Kartoffelversorgung werde die Probe auf dem Beispiel gemacht. Es müsse gelingen, durch Zusammenwirken von Erzeuger- und Verbraucherorganisationen verteilende Spesen auszuschalten; Brot und Kartoffeln könnten solche von allen Artikeln am wenigsten ertragen. Schließlich soll auch die Befreiung von Hanf und Flachs von der Zwangswirtschaft beim Reich versucht werden. Mit Kriegswirtschaften habe man in Baden kaum noch zu rechnen. Die wenigen bestehenden Gesellschaften würden bald in Liquidation treten. In Rücksicht auf die Mühlenkontrolle erklärte der Minister, daß die Forderung auf deren Beseitigung vertreten werde, wenn die Landwirtschaft ihren Verpflichtungen nachkomme. Die Bewirtschaftung von Getreide muß durchgeführt werden, da es ist unmöglich, daß ein Zerschlagung wie Baden eine Sonderregelung versucht. Man würde in Baden sofort zu Repräsentanten schreiten, da Baden die Zufuhr von Kohlen, Kartoffeln und anderen Dingen angewiesen ist. Auch die Landwirtschaft sei sich darüber einig, daß die Zwangswirtschaft in der Milch- und Butterversorgung beibehalten werden müsse. Letzten Endes, weil die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Fleisch die beteiligten Kreise auch das Milchvieh nicht schonen würde. Auf die Preisfrage eingehend, betonte der Minister, daß die Indexkommission eine 54proz. Senkung der Unkosten festgesetzt habe. Danach würden für Roggen 1600 und 1700 Mk. für Weizen 2000 Mk. für die Tonne bezahlt werden. Hierzu sei noch die Frühdruschprämie, die bereits genehmigt sei. Der Minister kam dann noch auf den Willen zu sprechen, der ob dieser Festsetzung bei den Verbrauchern, der bayerischen Landwirtschaft und dem Deutschen Städtetag verursacht worden sei. Mit eindringlichen Worten ermahnte der Minister die landwirtschaftlichen Organisationen, besonders den Badischen Bauernverband, sich doch in ihren Forderungen nicht gegenseitig zu überbieten, da dadurch der Bürgerkrieg heraufbeschworen und die Autorität des Staates gefährdet werde. Am Schlusse seiner Ausführungen wies der Minister darauf hin, daß die Kommunalverbände doch mancherlei Anerkennenswertes geleistet hätten, und daß bei ihrer Beseitigung etwas anderes an ihre Stelle treten müßte. Er schloß mit der Mahnung an die Landwirtschaft, sich doch bewußt zu sein, wieviel von ihrem Verhalten abhängt, und daß sie in die gesetzte Vertrauen rechtfertigen sollte.

In der Aussprache betonte Abg. Gebhardt, daß der Bauernverband nichts Ungebührliches, sondern nur gerechte Preise wünsche. Die Kommunalverbände und das Scheitern sollten beseitigt werden. Die hier und da vorgekommenen Unruhen seien nicht die Schuld des Bauernverbandes. Beim Milchpreis wäre eine örtliche Regelung zweckmäßig gewesen. Die Freigabe der Oelfrüchte würde den Städten billiges Öl verschaffen. Er kritisierte die Anhäufung von Konserven, für die große Mengen Vieh abgeschlachtet werden müßten. Die Druschprämie wirke bei den kleinen Bauern verstümmend. Er bringt schließlich verschiedene Vorschläge zur Verlesung, die eine bessere Getreideversorgung bezwecken sollen. Vor allen Dingen fordert er, daß die Kleie wieder an die Landwirtschaft zurückfalle. Die Mahlscheine und Mühlenkontrolle sollten beseitigt werden. Als angemessenen Preis bezeichnete er 196 Mk. 50 Pf. für den Zentner.

Direktor Dr. Schön spricht im Namen der landwirtschaftlichen Genossenschaften und meint, die erwähnten Unruhen seien als politische Aktionen anzusehen. Die Landwirtschaft habe keinen Terror ausgeübt. Das Bekanntwerden der Indexpreise habe die Bewegung ausgelöst. Von der Freigabe der Fleischbewirtschaftung erhofft er Gutes. Bayern und Württemberg wollten die Beseitigung nicht durchführen, weil dort eben die Preise noch niedriger seien, als bei uns. Es sei vom Uebel, wenn die und die im Reiche noch Reste der Zwangswirtschaft beständen. Eine Zentrale für Ein- und Aus-

fuhr sei zwar nötig, aber den Ländern müsse eine regionale Zuständigkeit eingeräumt werden. In der Kartoffelversorgung wollen die Genossenschaften alles tun, um die Versorgung zu sichern. Wenn keine örtliche Abgrenzung einzelner Produktionsgebiete vorgenommen werde, sei die Frage gelöst. Die Aufrechterhaltung der Indexpreise wäre notwendig, um das Vertrauen der Landwirtschaft zu erhalten. Staatsrat Weishaupt befürwortete die Forderung, die Selbstversorgung von der Mühlenkontrolle anzunehmen. Die Frühdruschprämie sei unbeliebt und wäre besser unterblieben. Die bemängelten Zuschläge auf Kunstdünger sind nicht als verteuern aufzufassen, sondern sie sollen dem Ausgleich dienen. Namens der Landwirtschaftskammer erklärt Direktor Stoll, sie habe einmütig beschlossen, an der Zwangsbewirtschaftung von Getreide und Milch festzuhalten. Der Preis von 1600 Mk. für die Tonne Getreide sei recht angemessen. Wie der Industriearbeiter, habe auch die Landwirtschaft ein Recht auf den Streik. Abg. Viernseis erklärt, die Landwirtschaftskammer habe keinen Milchpreis von 2 Mk. für den Liter befürwortet. Er bezeichnet es als unklug, daß die Städte keine Verträge auf Kartoffellieferungen abgeschlossen haben. Abg. Dr. Zehnter erhofft von dem System der Indexpreise eine günstige Einwirkung auf die Produktion. Regierungsrat Föhrenbach gibt einige Ziffern bekannt, die dazwischen, welche große Mengen Getreide von außerbadischen Gebieten eingeführt werden müssen, um eine Versorgung zu gewährleisten. Der von verschiedenen Seiten vorgeschlagene Umlegeplan sei auch von Preußen erwogen, aber wieder verworfen worden. Er schlägt vor, die Kommunalverbände sollten von den Lieferverträgen das vorjährige Quantum plus 30 Proz. erfassen, dann würden die Gemeinden vor allen Ordnungen und Bestimmungen Ruhe haben. Namens des Bauernbundes verlangte Herr Füller Verschiedenes, was in den vorstehenden Wünschen der Versammlung schon zum Ausdruck gekommen war. Mit einem eindringlichen Schlußwort des Ministers an die Landwirtschaft fand die Versammlung ihr Ende.

Stellungnahme der freilorganisierten Landwirtschaft zum Preiswucher.

Wir erhalten folgende Zuschrift: In einem Teil der Presse wird den landwirtschaftlichen Organisationen der Vorwurf gemacht, daß sie die Preisforderungen einzelner, nimmersatter Erzeuger als gemeinsame Forderung aller Landwirte zusammen konstruieren und die Regierung zu Preiserhöhungen genötigt hätten. Diesen Vorwurf müssen die in der „Arbeitsgemeinschaft der freilorganisierten Landwirtschaft Badens“ vereinigten Organisationen, Badischer Bauernbund, Karlsruhe, Badischer Bauernverein Freiburg, Bad. landw. Verein Karlsruhe, Genossenschaftsverband badischer landw. Vereinigungen Karlsruhe und der landw. Kreditverband Freiburg entschieden zurückweisen, da sie die Forderung übermäßiger Preise von jeher und besonders in der heutigen Zeit verurteilen, in keinem Falle Einzelforderungen verallgemeinern und zu keiner Zeit auf die Regierung einen Einfluß geübt haben, der als Nötigung angesprochen werden kann. Die genannten Organisationen bedauern das radikale Vorgehen des Bad. Bauernverbandes, der ihrer Arbeitsgemeinschaft nicht angehört. Sie fordern vielmehr angesichts der überaus schwierigen Lage ihre Mitglieder auf, den Bogen nicht zu überspannen, sondern nach dem Grundsatz „leben und leben lassen“ zu handeln. Die Konsumenten aber können durch Einrichtung eigener Organisationen viel zur Verbilligung der Lebensmittel beitragen.

Ueber die Grundsätze der künftigen Ernährungspolitik

äußerte sich der Reichsernährungsminister Hermes in einer Unterredung mit einem Vertreter der Presse dahin, daß sich unsere landwirtschaftliche Produktion bessere. Die inländische Stickstoffproduktion befinde sich in hoffnungsvoller Entwicklung. Durch die Lockerung der Zwangswirtschaft könnten wir der Landwirtschaft einen starken Anreiz geben. Wir würden die Zwangswirtschaft nur da aufrecht erhalten, wo elementare Notwendigkeiten es forderten. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft in Brotgetreide und Milch sei jeder Diskussion entzückt. Wir wollen die landwirtschaftliche Produktion durch eine gerechte Preispolitik fördern.

An einem Abbau der Getreidepreise könne nicht gedacht werden, aber die Erhöhung des Brotpreises müsse vermieden werden. Die restlose Ablieferung von Brotgetreide und Milch sei von der Landwirtschaft zu verlangen. Die Fleischwirtschaft müssen wir umbauen. Ueber die Neuregelung der Fett- und Kartoffelwirtschaft stehen wir in Unterhandlungen. Beim Abbau der Zwangswirtschaft verfolgen wir auch den Zweck, so weit wie möglich das Preisniveau der Lebensmittel zu senken. Mit den Kriegsgesellschaften wird schnell und gründlich aufgeräumt werden.

Börsen- und Finanzmeldungen.

Berliner Börse.
W. Berlin, 2. Juli. Die gestrigen Darlegungen des Reichsfinanzministers über unsere Finanzverhältnisse blieben auf die Börse ohne Einfluß. Nur 3proz. Reichsanleihe setzten den bereits gestern begonnenen Rückgang fort und verloren 1 Proz. Sonst herrschte namentlich für Industriewerte bei lebhaftem Geschäft eine durchaus feste Haltung. Am Montanmarkt kam es vielfach zu mäßigen Kursrückgängen, wofür als Erklärung Fusionsgerüchte angegeben wurden. Eine bevorzugte Haltung genossen Oberschlesische Hüttenaktien, von denen Oberschlesische Industrie und Bismarckhütte 9 Proz. gewannen. Bochumer Guß stellten sich ebenfalls 9 Proz. höher. Rombacher Hütten stiegen im Verlauf um 15 Proz. Auch für chemische Werte war gute Kauflust vorhanden. Theodor Goldschmidt besserten sich um 25 Proz. Dynamit Nobel zogen um etwa 17 Proz. an. Schiffsahrts- und Elektrizitätsaktien fanden weniger Beachtung. Deutsch-Petroleum wurden angeblich für holländische Rechnung stark gekauft und stiegen auf 767.

Berliner Kursnotierungen

2. Juli	1. Juli	2. Juli	1. Juli		
Schantungsbh.	636.—	640.—	Feldmühle Papier	283.—	281.—
Gr. B. Straßent.	135.—	135.—	Felben & Gull.	385.50	385.—
Lombarden	309.—	31.—	Filke Brauereitech.	291.—	200.—
Reichsbahn	222.50	220.—	Gaggenau	185.—	187.—
Fritz Heilmüh.	420.—	412.—	Gasmotor. Deutz	170.75	174.75
Ortenbahn	179.—	—	Gölschirch.	231.—	230.—
Argo Schiffahr.	669.—	677.—	Gölschirch.	197.50	197.—
Deutsch Anstral.	179.50	—	Goldschmidt	308.—	325.75
Hamb. Paketfahr.	185.25	185.—	Hann. Maschinen	323.—	329.75
Hann. D. Schiff.	241.—	—	Hann. Waggon	245.—	245.—
Nordl. Lloyd	181.—	180.25	Harpener.	287.50	282.50
Berl. Handelsges.	208.—	208.—	Hess. Eisen.	580.—	580.—
Darmstäd. Bank	184.—	184.—	Hirsch Kupfer	251.—	247.50
Deutsche Bank	256.—	256.—	Hochster Farben	344.—	344.—
Disk. Commandit	203.25	203.50	Hösch Eisen	225.—	225.—
Dresdener Bank	173.—	170.25	Hohenzoll.	183.—	188.—
Nationalbank	147.50	147.—	Kall Ascherle.	354.50	354.50
Oesterr. Kredit	92.75	92.50	Ver. Köln-Rottw.	278.—	278.—
Reichsbank	148.—	148.50	Westh. Cellulose	239.—	239.—
Simmer Realind.	390.—	390.—	Königsbr.	185.—	170.—
Accumulatoren	390.—	390.—	Lamayer Co.	160.—	162.25
Achsewerke	215.—	215.—	Leunhardt	214.—	214.—
Alexanderwerk.	154.—	152.50	Linde Elsmann	212.—	212.—
A. S. G.	270.75	269.—	Ludwig Löwe	284.—	283.—
Alumina	—	—	Lehr. Zement	150.—	154.75
Anglo Contin.	210.—	202.—	Mannesmann	325.—	322.50
Bad. Anilin	428.—	423.—	Ver. Eisenbed.	193.50	178.25
Bergmann Elektr.	203.—	201.—	Schicht & Co.	165.50	165.—
Berl. An. Masch.	187.50	185.—	Ober Kokswerke	412.—	411.—
Berl. Maschinen	218.—	218.—	Orenst. & Koppel	245.—	244.—
Bing Nürnberg	200.25	200.25	Phalix Bergw.	410.—	409.—
Bismarckhütte	466.50	453.—	Rhein. Metall	285.—	285.—
Bochumer Guß	273.—	284.—	Rhein. Stahl	329.—	311.—
Bohr. Böhler	278.—	278.—	Rombacher Hütte	250.—	242.25
Bohm. Motoren	201.75	201.75	Rüttgerswerke	230.50	229.—
Borsig	243.—	238.—	Sachsenwerk	278.—	278.25
Chem. Gröschel	251.—	278.50	Schallberger Zink	235.—	235.—
Chem. Albert	575.—	553.—	Siemens Altkalle	—	292.75
Chem. Fabrik	267.75	267.75	Stena Romana	1010.—	975.—
Dessauer Gas	190.—	190.—	Stollner Vulkan	201.25	203.—
Deutscher Laxemb.	275.—	271.—	Stollner Zink	235.—	235.—
D. Oberb. Elektr.	—	—	Türk. Tabak	780.—	780.—
D. Eisen. S. W.	—	—	Verz. Papier	295.—	300.—
Deutscher Kredit	1027.—	1050.—	Ver. D. Nickel	310.—	307.75
D. Gasf. Licht.	6000.—	6000.—	Ver. Hartstoff	900.—	900.—
Deutsches Kali	380.—	381.—	Ver. Stahl Zyrna	800.—	800.—
Deutsche Wafon	343.—	334.75	Wander. Fahrrad	325.—	320.—
Deutscher Eisen.	195.—	190.—	Westorag. Alkali	577.50	572.—
Deutscher Stahl	227.50	227.50	Zellstoff Waldhof	302.—	295.—
Elberfeld. Farben	378.—	380.50	Chem. Wilm	778.—	775.—
Eschweiler Bergw.	289.50	289.—	Chem. Wilm.	661.—	661.—

Frankfurter Börse.

W. Frankfurt a. M., 2. Juli. Die Börse machte heute einen geschäftsunlustigen Eindruck. Vorübergehend entwickelte sich lediglich ein lebhafteres Geschäft am Markt der Petroleumaktien, wo Deutsche Petroleum von 741 bis 746 gehandelt wurden und sich im Verlaufe abschwächten. Dagegen waren Deutsch-Erdöl höher veranlagt. Es wurde ein Kurs von 1010 genannt. Neben vorgenannten Papieren fanden Schantungsbahn zu 652 Aufnahme, dann schwankend, 645-640. Elektrowerke hatten keine einheitliche Haltung. A. E. G. wurden besser bezahlt, während sich Bergmann und Felten & Guillaume abschwächten. Schiffsahrtsaktien konnten ihre feste Tendenz weiter fortsetzen. Hapag und Norddeutscher Lloyd zogen 2 Proz. an. Gut behauptet waren Montanpapiere. Caro und Mannesmann fest. Chemische Theodor Goldschmidt wurden um 45 Proz. gesteigert. Im weiteren Verlaufe war die Börse still. Privatskontk 4 Proz. und darunter.

Frankfurter Kursnotierungen.

2. Juli	1. Juli	2. Juli	1. Juli		
Badische Bank	176.—	178.—	Chem. Fab. Mannh.	488.—	493.—
Darmstäd. Bank	183.50	183.50	Deut. Obersee	752.—	755.—
Deutsche Bank	256.70	259.25	Gebr. Jungmann	214.50	219.—
Disk. Commandit	201.—	200.50	Adler & Oppenh.	190.—	190.—
Dresdener Bank	171.—	170.—	A. E. G.	190.—	190.—
Oesterr. Kredit	76.50	74.—	Mechab. Dr. Richter	320.—	—
Reichsbank	130.50	130.00	Mechab. Dr. Richter	320.—	—
Schuld. Bank	—	—	Held & Co.	220.—	220.—
Sächs. Bank	149.—	149.—	Mach. Karier	—	—
Wiesener Bankkr.	62.—	61.—	Schlick & Co.	—	—
Othomanbank	—	—	Obersee	—	—
Bochumer Guß	273.50	281.—	Elis. Baumwolle	—	—
Bohm. Motoren	201.75	201.75	Schneidm. Kältg.	—	—
Borsig	243.—	238.—	Uhlenh. Furtw.	—	—
Chem. Gröschel	251.—	278.50	Wagg. Fab. Fuchs	266.—	265.50
Chem. Albert	575.—	553.—	Zellstoff Waldhof	300.—	298.—
Chem. Fabrik	267.75	267.75	Zuckerfab. Wagh.	323.75	336.—
Dessauer Gas	190.—	190.—	Zuckerfr. Frankant	345.—	345.—
Deutscher Laxemb.	275.—	271.—			
D. Oberb. Elektr.	—	—			
D. Eisen. S. W.	—	—			
Deutscher Kredit	1027.—	1050.—			
D. Gasf. Licht.	6000.—	6000.—			
Deutsches Kali	380.—	381.—			
Deutsche Wafon	343.—	334.75			
Deutscher Eisen.	195.—	190.—			
Deutscher Stahl	227.50	227.50			
Elberfeld. Farben	378.—	380.50			
Eschweiler Bergw.	289.50	289.—			

Vom Devisenmarkt.

w. Frankfurt, 2. Juli.		1. Juli.		
Geld.	Brief.	Geld.	Brief.	
Antwerpen-Brüssel	329.50	330.50	329.50	329.50
Holland	1338.—	1338.—	1348.—	1348.—
London	149.25	149.75	150.50	151.—
Paris	313.—	314.—	312.—	313.—
Schweden	679.25	680.75	687.—	688.—
Spanien	619.25	620.75	629.25	630.75
Italien	227.—	227.—	227.50	228.50
Lissabon	—	—	—	—
Dänemark	614.50	615.75	619.25	620.75
Norwegen	614.50	615.75	628.75	629.25
Schweden	629.—	631.—	644.—	646.—
Helsingfors	184.50	185.50	—	—
New York	37.52 1/2	37.52 1/2	37.50	38.10
Wien (altus)	—	—	—	—
Deutsch-Oesterreich	26.90	26.—	26.—	26.20
Budapest	—	—	24.45	24.85
Prag	—	—	87.40	87.60

w. Berlin, 2. Juli.

1. Juli.		1. Juli.		
Geld.	Brief.	Geld.	Brief.	
Rotterdam-Amsterdam	1331.65	1333.85	1343.65	1346.35
Brüssel	329.65	330.35	327.85	328.35
Christiana	621.85	623.15	621.85	623.15
Kopenhagen	618.35	619.65	619.35	620.65
Stockholm	334.15	335.45	338.65	339.35
Helsingfors	184.50	185.20	184.80	185.20
Italien	228.25	228.75	228.25	228.75
London	149.25 1/2	149.25 1/2	149.25	150.15
New York	37.70	37.50	37.85	37.95
Paris	313.20	313.20	313.20	313.20
Schweden	679.30	679.70	680.80	681.30
Spanien	611.85	613.15	613.35	613.65
Wien (altus)	—	—	29.47	30.53
Deutsch-Oesterreich	25.72	25.73	25.24 1/2	26.40 1/2
Prag	86.52 1/2	86.72 1/2	87.15	87.25
Budapest	—	—	24.09 1/2	24.15 1/2

w. Zürich, 2. Juli.

2. Juli		2. Juli			
Geld.	Brief.	Geld.	Brief.		
Deutschland	14.85	14.80	Brüssel	48.50	48.—
Wien	3.85	3.86	Kopenhagen	90.50	90.25
Prag	12.30	12.26	Stockholm	121.75	122.—
Holland	196.10	195.90	Christiana	90.50	—
New York	37.81	37.84	Madrid	91.90	91.25
London	46.10	45.80	Buenos Aires	228.—	235.—
Paris	313.20	313.20	Belgrad	31.—	30.75
Italien	32.60	32.90	Agram	7.56	7.55

Tagung des Einzelhandels.

Die außerordentlich bedenkliche Lage, in die den Einzelhandel die gegenwärtig mit den Lieferanten noch bestehenden Lieferungsverträge gebracht haben, gab die Veranlassung, die größeren an Baden sich anschließenden Landes- und Ortsverbände sowie die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels zu einer Zusammenkunft am 12. und 13. Juni nach Mannheim einzuladen, um Mittel und Wege zu beraten, wie die gegenwärtigen Schwierigkeiten überwunden werden können.

Unterhaltungs-Beilage zum Karlsruher Tagblatt

Karlsruher Erinnerungen eines Sechshundfünfzigers.

Von Emil Wagner.
(Schluß.)

Um die Mitte der 70er Jahre war die Festhalle und der Stadtpark eröffnet worden. Wir haben damals anfänglich nicht sehr von der Sache begeistert, denn der gemüthliche alte Tiergarten schien uns schöner, wenn auch nur aus alter Gewohnheit. Wer allerdings, wie ich, zu den erkorenen Lieblingen der „Tante Hollenweger“, der damaligen Thiergartenwirthin, „wundermild“, gehörte, hatte allen Grund, mit dem Wechsel unzufrieden zu sein, denn im neuen, größeren Betrieb im Stadtpark hatte sie keine Zeit mehr, uns dann und wann so nebenbei wie „früher als“ ein Stück Kuchen, Gugelhopf und, wenn sie besonders gut aufgelegt war, einen Schlud Malaga zu spendieren. Die Festhalle soll zu jener Zeit eine Sehenswürdigkeit für Architekten gewesen sein, als größter bis dahin existierender Saal mit freitragender Decke; auch mir imponierte er am Eröffnungabend gewaltig mit seinen zwei Reihen offenen Gaslampen, deren Wirkung durch ebenjoviele spiegelblanke Metallreflektoren gehoben wurde. Später entstand, ursprünglich als Weintribüne, der heute nicht mehr bestehende Gärberobanbau. Ein vielbewundener Wandfries des späteren Karlsruher Soldatenmalers Beder, Schaffels unergängliches Kommerzbuchbild „Als die Römer frech geworden“ in überaus humorvoller Weise illustrierend, bildete seinen Haupt schmuck.

In die ersten Jahre der Stadtparkeneröffnung fällt für mich eine unvergessliche historische Erinnerung. Es war an einem Sonntagnachmittagskonzert im Frühjahr oder Sommer des Jahres 1878, gegen Abend, als plötzlich die Musik die Nationalhymne intonierte. Es war auf unseren alten Kaiser Wilhelm I. ein Attentat verübt worden. Wahrscheinlich das Nobilitische, da das Höfliche Attentat im Mai des gleichen Jahres erfolgt war und zu dieser frühen Jahreszeit wohl noch keine Nachmittagskonzerte im Freien abgehalten wurden. Im heutigen Palastgarten, um die Ecke Ritter- und Kriegstraße, stand zu jener Zeit noch ein zweistöckiges, einfaches Haus, in welchem ein Teil des heutigen Naturalienkabinetts untergebracht war. An diesem Hause beginnend, hatte ein Spatarkist der damaligen Zeit die beiden Menschelmdörfer dadurch zu verherrlichen gesucht, daß er in die Stämme der noch jungen Bäume die Namen Hölzel u. Nobilit in der Weise einschmiedete, daß jeder Stamm einen Buchstaben trug. Diese geschmacklose und mehr wie unangebrachte Devotion für zwei verbundene Verbrechen hat sich mir derart ins Gedächtnis gegraben, daß ich heute noch nicht an jener Stelle vorbeigehen kann, ohne an jene längst entschwindende Epoche, heute mehr denn je, zu denken. Eine weitere Jugenderinnerung, die in die damalige Zeit fällt, ist der Serenader, also muß es 1874/75 gewesen sein, ist die den Eintritt unseres letzten Großherzogs Friedrich II. in die Armee und den Vorberufung der Karlsruher Schulen vor dem Schloße in Anwesenheit des großen Kaisers Wilhelm, den ich bei jener Gelegenheit zum erstenmal persönlich sah. Gütige ich damals schon politisch denken und fühlen gekonnt und Sinn für Demokratie gehabt, hätte ich mich sicher gekreuzt über den ausgleichenden, automatisch demokratischen Zug in der Armee, denn bei der aus dem gleichen Anlaß stattfindenden großen Parade auf dem Karlsruher Exerzierplatz waren die Porzellanhosen des jüngsten Leutnants, unseres Erbprinzen, ebenso schokoladenfarbig, naß und dreht wie die eines jeden Grenadiers. Soweit gingen aber damals meine Reflexionen noch nicht, wohl aber sagte ich mir im Stillen unter völliger Verleumdung des zu jener Zeit

noch herrschenden Geistes der Zucht und Unterordnung, daß ich als „Erbprinzensohn“ wahrscheinlich gar nicht mitgegangen wäre. Das Jahr 1877 brachte für Karlsruhe das erste Kaisermandat mit großer Parade bei Neu-Malsch. Wenn ich mich recht erinnere, entstand aus dieser Veranlassung die erste Ehrenparade auf dem Marktplatz, wobei uns Buben die Erarbeiten dadurch besonders interessant erschienen, als sie dann und wann einen Totenschädel oder menschliche Gebeine zutage förderten, die aus der Zeit herrührten, da der Marktplatz noch Karlsruher Friedhof war. Daß einer meiner Freunde die Pietätlosigkeit soweit trieb, sich einen der Schädel anzueignen, ihn zu Hause auf einen Beinstiel zu stecken und ihn mit Hilfe eines Badetuches der zu Tisch versammelten Familie durch einen Türspalt als „Geist“ erscheinen zu lassen, fand ich in jenen Jahren wesentlich hübscher als heute.

In der letzten Hälfte der 70er Jahre hatte der Besitzer des mehrerwähnten „Hotel grüner Hof“ den Plan, seine Vaterstadt mit der längst als durchaus nötig erkannten Straßenbahn mit Heumotortrieb zu versehen. Die Bauzeit in der Kaiserstraße war selbstverständlich für uns anwohnende Jugend eine unbesiegbare Quelle nicht immer „reiner“ (buchstäblich zu nehmen) Freude. Daß von den nach Arbeitslohn aus Muttwillen in Bewegung gesetzten Kollivagen Arme und Beine nicht hübsch abgemischt und abgefahren wurden, war wahrlich nicht unser Verdienst. Das Jahr 1881 brachte die Dampfahnenverbindung mit Durlach auf der damals noch schmerzhaften und ebenen Pappelallee, deren Anlage Napoleon I. zu verdanken gewesen sein soll. Die Probefahrten am Tage vor der Eröffnung machte ich als Ballast (markiertes Publikum) mit.

Die Zeit verging. Aus den Buben waren junge Leute geworden, und als die Tore des Pannals sich hinter uns geschlossen hatten, begann der Ernst des Lebens mehr oder weniger intensiv seine Rechte geltend zu machen, je nachdem der Wille der Eltern oder eigene Wahl über die Zukunft entschieden hatten. Mein Freund Friedmann, dessen ganze Art mir mit am meisten zusagte im bisherigen Freundeskreis, hatte sich dem auch mir sympathischen Studium des Maschinenbaues zugewandt. Ich selbst war gewissermaßen schon im Vorkurs für meine heutige Stellung bestimmt. Meine ursprüngliche Absicht, zu diesem Zwecke einige Semester Chemie zu belegen, wurde durch den frühen Tod meines Vaters hinfällig, war aber mit ein Grund, warum ich Friedmann willig in seine studentischen Kreise folgte. Außer Friedmann waren es namentlich Knap, Bloß, Lang, Stutz und einige andere, die mir sympathisch waren durch ihren Sinn für Humor, durch ihre Freude am fröhlichen Wandern und bei einigen ihre ganz besondere Begabung für Handfertigkeiten. Heute noch habe ich das etwa zwei Meter lange und entsprechend hohe Modell einer Fregatte, „Gefion“ hieß sie, glaube ich, in guter Erinnerung, die Knap und Bloß gemeinschaftlich erbaute hatten und nicht nur die Bewunderung von uns Jungen erregte, sondern auch den berechtigten Beifall der Alten fand. — Mehrjährige Ausflüge in den Schwarzwald (Brandnau), in die Pfalz, die Rheinwälderungen usw. sind mir bis heute in angenehmer Erinnerung geblieben. Ebenso die Zeit meines Eintritts in den kurz vorher gegründeten, aus der Innungemilde hervorgegangenen Männerturnverein unter Koller, den bald darauf Leonhardt ablöste, der sich nicht damit begnügte, seine Namen zu erstannenerregenden Barriere- und Aufstapeln auszubilden, sondern nicht verfehlte, seinen engeren Kreis, zu dem auch ich damals gehörte, zu sich auf die Weite zu laden, wenn von zu Hause dann und wann eine Wurfkiste eintraf. Friedmann, Woos, Meyer, Sator, der heutige Vorstand Seppel Van-

mann und ein Serbe namens Jovanowitsch bildeten damals die Gruppe im Verein, der ich mich anschloß, und heute noch denke ich mit großer Freude an jene schöne, ungebundene Zeit zurück, von der mich wie von der Mehrzahl meiner damaligen Freunde ein Menschenalter trennt. Friedmann sah ich nach 24 Jahren bei einem Besuche in Amerika wieder, Lang nach noch längerer Unterbrechung ganz zufällig im Weltkriegsjahre 1915 auf einer gemeinsamen Brücke in Warschau. Die Eröffnung des „Krolovis“ im Jahre 1884 war für mich und viele Hunderte ein acht Tage lang dauerndes Fest, das mit der Pfingstmesse zusammenfiel. Unzertrennlich mit dieser Eröffnung verknüpft ist die Erinnerung an die „S... Marie“, die es an Grobheit gegen jedermann, selbst gegen den damals während seiner Leutnantszeit als Stammgast dort verkehrenden, früh verstorbenen Prinzen Ludwig nie fehlen ließ, aber andererseits auch unermüdet in der Arbeit war und mit Stolz zeigte, was eine richtig gehende Münchner Kellnerin der alten Schule zu leisten vermochte. Aber auch die noch mehrere Jahre hindurch regelmäßig stattfindenden Musikabende mit eigens dazu verschifften Liedern, den warmen Salzweiden um 11 Uhr abends und die je nach Wunsch mageren oder fetten Schweine-rippchen für 40 Pfennig habe ich in ebenso erhabender als wehmüthiger Erinnerung. An Festen und Veranstaltungen größeren Stiles erinnere ich mich dunkel eines Schützenfestes auf dem Gelände des früheren Schützenhauses in der Mühlburger Allee, etwa da, wo heute die Gutenbergschule steht, besser erinnere ich mich an ein ebensolches Schützenfest auf dem Gelände des erweiterten Stadtparks und des neuen Bahnhofs mit Schupfkränzen gegen Ertlingen, an das 25jährige Regierungsjubiläum des Großherzogs

im Jahre 1877, die Doppelfeier der silbernen Hochzeit des Großherzogspaares und die Vermählung der Prinzessin Viktoria mit dem damaligen Kronprinzen von Schweden, des Jahres 1881 mit seinem Landtrachten-Festzug, endlich an die Vermählung unseres damaligen Erbprinzen mit der Prinzessin Hil von Nassau. Aber auch weniger pompöse Feststellungen haben sich meinem Gedächtnis nicht mit eingegraben. Obwohl damals noch sehr jung, innere ich mich an den Aufzug eines bemann- te Luftballons erstmals auf dem Plage des ob- erwähnten alten Schützenhauses, die nicht glatt ver- lungen gingen, und weitere Aufzüge solcher Ballons mit den Luftschiffern am Trapp vom Lagarten an. Mit meinem am 1. Oktober 1885 erfolgten Ein- tritt in die 11. Kompanie des 1. Bad. Leib-Gren- dierregiments Nr. 109 zur Ableistung meiner 4- jährig-freiwilligen Dienstzeit erwarb ich mir den Ansporn, nunmehr zur reiferen Jugend gerech- zu werden. Ich habe damals mit meiner erst- jugend abgeschlossen, wie ich dies hier mit meinen Erinnerungen an jene herrliche Zeit tue, indem „einen Strich darunter mache“.

Humor.

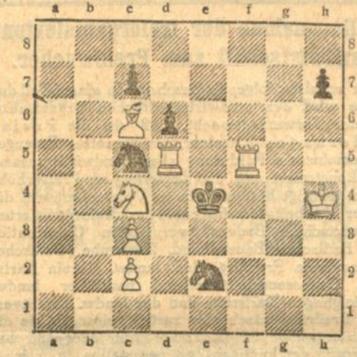
„Diesen Out mußst du mir kaufen, Adolf, macht mich um zehn Jahre jünger.“ — „Schau, daß du nicht zwei auf einmal aufsetzen kannst.“ — „Ad.“

Arzt (zur Frau eines Erkrankten): „Wann haben Sie mich nicht anerkannt, bevor Frau W. das Bewußtsein verloren hatte?“ — Frau: „Lange er bei Bewußtsein war, hätte er mir nicht erlaubt, Sie zu rufen.“

Schachzeitung des Karlsruher Tagblattes

Aufgabe Nr. 429.

W. W. Mann. D. W. S. 1920.



Rat in zwei Zügen

Partie Nr. 194.

Das auch Korrespondenzpartien, die sich manchmal jahrelang hinziehen, mitunter sehr fruchtbar sein können, mögen die beiden folgenden Partien zeigen.

Damenbauernspiel.

R. S. in Z. Th. Weisinger, Karlsruhe.
1. d2-d4 Sg8-f6 2. Sg1-f3 Sg8-e8 3. Lf1-c4 Lf8-c5 4. e2-e3 Sg8-f6 5. d3-d4 Lc5-d4 6. c3-c4 Lc5-b4 7. b1-c3 0-0 8. 0-0 Lb4-c3 9. b2-c3 Sf6-e4 10. d4-d5 mit Zugumstellung der Mauerläde Angriff. 11. Pf1-e2 Sc6-e7 12. Pf1-e2 Sc4-c3
Schwarz opfert die Dame nur scheinbar. Durch die erzwungene Zugfolge: 9. L-c4 Lb4-f7 10. D-d2 Sd2-f3 11. D-d2 Sd2-f3 12. D-d2 Sd2-f3
gewinnt er sofort zurück und noch eine Figur dazu. Da war aufgeben wohl angebracht.

Partie Nr. 195.

Matteis.

Th. Weisinger, Karlsruhe. C. N. in 6.
1. Sg1-e4 e7-e5 2. Sg1-f3 Sg8-e8 3. Lf1-c4 Lf8-c5 4. e2-e3 Sg8-f6 5. d3-d4 Lc5-d4 6. c3-c4 Lc5-b4 7. b1-c3 0-0 8. 0-0 Lb4-c3 9. b2-c3 Sf6-e4 10. d4-d5 mit Zugumstellung der Mauerläde Angriff. 11. Pf1-e2 Sc6-e7 12. Pf1-e2 Sc4-c3
Durch das Schließen dieses zweiten Bauern setzt sich Schwarz einem sehr gefährlichen Angriff aus.
Ein schönes Qualitätsopfer mit durchschlagendem Erfolg.
13. Dd1-d8 Sc8-a4 14. Lc1-e5 Tf8-e8 15. Dd3-c3 Kf8-f8
Schon muß der König die

Schungen.

Aufgabe Nr. 421.
1. Ld5-e6 Kf5 2. De4 Kf6 3. Dg3 oder De4 4. ... Kd5 5. ... Kd6 6. ... Kd7 7. ... Kd8 8. ... Kd9
Aufgabe Nr. 422.
1. Le4-c2 Kd4 2. Ke6 Ke4 oder c3 3. De6 4. ... Kd5 5. ... Ke5 6. ... Ke6 7. ... Ke7 8. ... Ke8 9. ... Ke9
Aufgabe Nr. 423.
1. Se4-c3 Kd4 2. Se7-d5 Ke5 3. Le3-f4 4. ... Kf6 5. ... Sc3-d3 Kf6 6. ... Ke5 7. ... Lg7 8. ... Lg8 9. ... Lg9

Badisches Landestheater.

Neu einstudiert: „Orpheus in der Unterwelt“.

Des Intendanten Fuchs bisherige Schauspielerinszenierungen hatten besonders Sinn für Brunn und Farbigkeit erkennen lassen. Der Wunsch, diese Eigenschaften auch der Oper, als der vornehmlich auf das Stimmungsvolle gerichteten dramatischen Gattung zugewandt zu wissen, lag nahe und wurde von uns auch wiederholt ausgesprochen. Nun hat Intendant Fuchs diesen Wunsch erfüllt. Zwar ist es nur eine Operette, die er neu einstudiert hat, aber was für eine! Ein Duwend und noch mehr sogenannter „beliebter“ Opern gäbe man willig her für den genialen, an Wit und geistvollen Einfällen reichen „Orpheus in der Unterwelt“.

Intendant Fuchs hat tatsächlich, wie erwartet, das Zeug zu einem hervorragenden Opern- und Operetten-Regisseur. Dies konstatiert der Dozent, der in den letzten Jahren manchesmal bitter geklagt hat angesichts der ungenügenden Opernregie, der verächtlichen, fittigen Bühnenbilder usw. mit ehrlicher Freude und starker Hoffnung auf die bessere, erneuernde Hand des Intendanten. Die Wiedergabe des „Orpheus“ atmete den beschwingten, sprühenden Geist Offenbachs. Diese Parodie auf menschliche und göttliche Größen in all ihrem tolen Durcheinander spielte sich in wistischer Weise ab. Fuchs ist um Einfälle nicht verlegen; er hat Sinn für das Parodistische, wahr aber immer die Linie des Künstlerischen. Man muß hüten man allerdings etwas mehr Feuer gemüthlich; da stand, gleich der geistreichen „Dessentlichen Meinung“ der schon längst als tot gewählte Geist des „Volltheaters“ häufling über der Aufführung. Aber nur ganz ausnahmsweise. ... Sont sprühte es von ausgelassener Laune. In prachtvollen, farbenreichen Bühnenbildern erwies Emil Burkard, unser neuer Theatermaler, sich als Künstler von feinem Geschmack. So war vor allem das Schlußbild, die Hölle, äußerst wirkungsvoll. Auch die prächtigen Kostüme Margarete Schellenbergs verdienen hohes Lob.

In den Leistungen des Solisten erkannte man die führende Hand des Regisseurs. Da war fast

jede Möglichkeit, witzig, parodistisch zu wirken, erschöpft. Hans Bussard ein köstlicher Konfektionsdirektor, Marie von Ernst eine feine Curdike, Marie Vogel-Tomisch eine „Dessentliche Meinung“, die auch ohne die auf ihrem Kleid angebrachten Karlsruher Zeitungsstücke schon genug Respekt einschloß hätte. Dazu das Göttervolk: Otto Hans Norden, als trottelhafter, verführerischer Jupiter und bewegliche Fluge von überwältigender Komik, Marie Genter eine stimmungsgewaltige Juno, Bruno Schänfeld ein leidenschaftlicher, langeskundiger Pluto. Dazu in kleineren Rollen Käthe Dell (Diana), H. Herbst-Gräbener ein mit reizvoller Stimme behafteter, lustiger Cupido, Erich Galt (Mars) usw. Fritz Herz entsetzte als leibhaftiger Hans Stutz natürlich wieder Stürme der Beifall. Daß er in seiner jammervollen „Arie“ spitzige Bemerkungen über unsere letzte Zeit machte, ist unter dem neuen Regime bei einem ehemaligen Prinzen ja verständlich.

Auch in den Massenszenen bewies Intendant Fuchs eine sichere Hand; sie hatten Beweiskraft, waren abwechslungsreich. Praktisch aufgebaut war die Götterstadt im zweiten Bild, ein bezaubernder Anblick.
Was wäre aber das alles ohne Offenbachs Musik! Und Alfred Lorenz brachte ihre ganze Schönheit, das Geistesvolle dieser Klänge, ihren Schwung, ihr hinreichendes Temperament in geradezu meisterhafter Weise zum Erklingen. Die Duettreihe kann nicht beschwingter, rascher gespielt werden; sie brachte dem Dirigenten fürstlichen Beifall ein. Auch sonst bewährte sich Lorenz' musikalische Führung, nicht minder das trefflich spielende Orchester, an seiner Spitze Konzeptsmeister Peischer, der das große „Spitzkonzert in C-Dur“ des Orpheus so prachtvoll spielte, daß man nicht begreifen konnte, wie Frau Direktor Orpheus sich dabei entsetzt die Ohren zuhaken konnte. Soll indes manchmal vorkommen, daß musikalische Chemänner unmusikalisches Verhalten haben. Allerdings auch umgekehrt. Aber „so kann's nicht mehr“, wenn „kein Schlegel haßt“, sagt Orpheus in seinem klassischen Plänenstück.

Das ausverkaufte Haus nahm die Aufführung, die eine wertvolle Bereicherung unseres Spielplans bedeutet, mit außerordentlich herzlichem

Beifall auf. Der „Orpheus“ wird in dieser, Auge und Ohr ergebenden Wiedergabe gewiß viele volle Häuser machen.

Sprechstunden für Kunstverkäufe.

In einem der letzten Hefte der „Woche“ fand sich unter diesem Titel ein bemerkenswerter Aufsatz von Prof. Dr. P. Weber, dem Direktor des kaiserlichen Museums in Jena, dessen Vorschlag im Hinblick auf die Zeitumstände allgemeine Beachtung verdienen. Es wird darin ausgeführt, wie heutzutage durch die Verhältnisse so mancher gezwungen ist, alten Familienbesitz zu verkaufen und wie Scheu und Bedenken persönlicher Art manche Kreise des Publikums — oft zu ihrem Nachteil — dazu bewegen, ohne sachmännliche Beratung gewissermaßen in der Stille Kunstwerke aus ihrem Besitz zu veräußern. Ist schon die Trennung von solchen Gegenständen aus Familienbesitz, an denen oft liebe Erinnerungen hängen, an sich schmerzhaft, wird sie in dem Augenblick auch für die Öffentlichkeit bedenklich, in dem Maße der engeren Heimat in alle Winde zerstreut zu werden drohen. Auf diese Weise sind schon manchmal Werke durch Weiterleitung an unkontrollierbare Personen dem Heimatboden, dem sie verknüpft waren, entzogen worden oder sogar ins Ausland abgewandert. Um solchen Schäden abzuwehren und den Kunstwerken ihren wahren Wert, ihre richtige Bestimmung, ihre würdige Erhaltung in Museen, dem geeigneten Kunsthandel und Privatbesitz zu sichern, ist es wünschenswert, wenn zentrale Stellen — wie die Museen — für eine sachmännliche Beratung des Publikums bei Verkaufssorgen tragen und so das Interesse des Einzelnen wie der Allgemeinheit zu vertreten vermögen. Zur Erfüllung dieser Zwecke schlägt Professor Weber ganz programmatisch eine sachliche Beratung für jedermann vor, die zu gewissen Stunden in den zuständigen Museen erteilt werden soll. An zahlreichen Museen der Hauptstädte bestehen solche Gesplogenschaften schon lange stillschweigend; aber gerade in den kleineren Orten und auf dem Lande weiß man von solchen Möglichkeiten nichts und hat diese Unkenntnis schon manchmal auch zum Schaden des Landes teuer bezahlen müssen.

Auch in Karlsruhe ist eine solche Beratung schon seit geraumer Zeit für jedermann mündlich oder schriftlich erteilt. Viele aber werden von dieser Einrichtung noch nichts wissen. Darum ist im Anschluß an die herorgegebenen Ausführungen des genannten Kunsthistorikers darauf hingewiesen, daß in der Badischen Kunsthalle in Karlsruhe (Hans Thomstraße 2) mündlich und schriftlich solche Beratung auch fernherhin erteilt wird.

Kunst und Wissenschaft.

Wer war Hebbels Vater? Ueber diese Frage erhebt sich jetzt eine literarische Kontroverse. In St. über die Vaterhaft Richard Wagners. Untersuchungen von Albert Janßen, betitelt „Der Frauen rings um Hebbel“, haben kürzlich in vielen neuen Materialien über die Lebenszeit des Dichters auch Mitteilungen über seine Vater gebracht, die seine bisherigen Biographien als eine arbeitame und selbstlose Hausfrau schilderten. Ein altes Gerücht bezieht nun, daß der Maurer Claus Friedrich Hebbel habe der Großen, der seinen Namen trug, gezeugt, sondern dessen leiblicher Vater sei der Pastor seines Geburtsortes Beseffuren, Volkmar, aemelten Friedrich Hebbels Mangel an Bauerntum seine überragenden Geisteskräfte, sein außerordentlicher Stolz können nach Janßen nicht von seinem angebliehen Eltern hergeleitet werden, während Volkmar's geistige Bedeutung durch seine zahlreichen Schriften und Zeugnisse anderer bewiesen wird. Antje Münte sehr bald nach der Hebbel dem Pastor ihre Güte geschenkt haben, da auch schon ihrer Trauung am 8. Dezember 1811 im Friedrichs Geburt nur 15 Monate liegen. Aber weder der Herausgeber dieser Hebbel-Forschungen W. Bloch-Winichmann noch Professor Georg Witkowski im „Literarischen Echo“ erklären Janßens Indizienbeweis für zwingend. Es erregt nun immer das Bild von Hebbels Mutter als das einer leicht Verführbaren, und der Schrift dankte ihr nicht nur, was wir schon wußten, die Mäßigkeit bögerer Bildung, auch die sinnliche Feilheit, die notwendige Morgengabe des sämtlichen Dichters.